

Landrat
Christian Landolt
Allmendstrasse 11
6375 Beckenried

Landrat
Armin Odermatt
Weid
6382 Büren

Landratsbüro
Regierungsgebäude
Dorfplatz 2
6370 Stans

Beckenried, 19. Dezember 2012

Postulat betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Die Unterzeichnenden unterbreiten Ihnen gestützt auf Art. 53 Abs. 2 des Landratsgesetzes folgendes

Postulat

Der Regierungsrat wird gebeten, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

Begründung :

An den Primarschulen des Kantons Nidwalden wird der Fremdsprachenunterricht im Modell 3/5 erteilt (Englisch ab der 3. Primarklasse, Französisch ab der 5. Primarklasse).

In der Lehrerschaft wächst der Widerstand gegen dieses Modell, das im Konkordat der Kantone zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos) festgelegt ist. Die Schüler seien überfordert, die Lehrmittel ungenügend, die Lehrkräfte nicht genug ausgebildet und die Lektionenzahl zu klein, um die Ziele zu erreichen, lautet die Kritik in Bern, Luzern, Zürich und weiteren Kantonen.

Von verschiedenen Seiten wird seit längerer Zeit die Stärkung der MINT-Fächer gefordert. Mit den frei werdenden Lektionen kann diesem wichtigen Anliegen entsprochen werden.

Im Gegensatz zum Lehrerverbandspräsidenten Beat Zemp sind wir der Meinung, dass Englisch als erste Fremdsprache beibehalten werden soll. Englisch ist für Deutschsprachige leichter zu erlernen als eine romanische Sprache. Englisch ist auch im Zusammenhang mit den MINT-Fächern zu sehen. Englisch ist ein Muss in der Technik- und Informatikwelt. Mit nur einer Fremdsprache erhält auch ein weniger sprachbegabtes Kind die Chance, Erfolgserlebnisse zu erleben. Es wird mit Sicherheit der Französischen Sprache mit weniger Vorurteilen begegnet.

Da der Kanton Nidwalden dem Harnos-Konkordat nicht beigetreten ist, sind wir nicht an die Vorgabe gebunden eine zweite Fremdsprache an der Primarschule zu führen.

Wir danken der Regierung für eine Stellungnahme zum vorliegenden Postulat. Wir bitten Regierung und Landrat, das Postulat zu überweisen.

Freundliche Grüsse

Erstunterzeichnende:


Christian Landolt


Armin Odermatt

Mitunterzeichner :





Nr. 379

Stans, 4. Juni 2013

Bildungsdirektion. Parlamentarische Vorstösse. Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie Mitunterzeichnende, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch. Gutheissung des Postulats. Antrag an den Landrat

Sachverhalt

1.

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 haben Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie 24 Mitunterzeichnende ein Postulat betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule eingereicht mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat werde gebeten, „in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen“.

2.

Das Postulat stützt sich auf Art. 30 und Art. 53 des Landratsgesetzes (LRG; NG 151.1) sowie §§ 107 f. des Landratsreglements (LRR; NG 151.11) und wurde vom Landratsbüro am 10. Januar 2013 überwiesen. Gemäss § 108 Abs. 2 hat der Regierungsrat dem Landrat binnen sechs Monaten seit der Überweisung des Vorstosses seine Stellungnahme abzugeben, d.h. im Fall des vorliegenden Postulats bis zum 10. Juli 2013.

3.

Gemäss § 112 LRR erfüllt der Regierungsrat ein Postulat mittels eines separaten Berichts, im Rahmen des Rechenschaftsberichts oder einer Vorlage.

4.

Gemäss Art. 76. Abs. 4 Ziff. 1 des Volksschulgesetzes (VSG; NG 312.1) ist der Regierungsrat zuständig für den Erlass der Stundentafeln der öffentlichen Schulen. Damit entscheidet er darüber, in welchen Schuljahren ein Fach mit wie vielen Lektionen unterrichtet wird.

5.

Landrat Christian Landolt und Landrat Armin Odermatt bitten den Regierungsrat, das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

- In ihrer Begründung halten die beiden Landräte fest, dass der Widerstand gegen das Modell 3/5, wonach Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Primarklasse unterrichtet wird, in der Lehrerschaft in verschiedenen Kantonen, namentlich aber in Bern, Luzern und Zürich zunehme. Die Schülerinnen und Schüler seien überfordert, die Lehrmittel ungenügend, die Lehrpersonen nicht hinreichend ausgebildet, die Lektionenzahl zu tief um die Ziele zu erreichen.
- Von verschiedenen Seiten werde seit längerem die Stärkung der MINT-Fächer gefordert, was mit den frei werdenden Lektionen bewerkstelligt werden könne.
- Im Gegensatz zu Lehrerverbandspräsident Beat Zemp seien die beiden Landräte der Meinung, dass Englisch als erste Fremdsprache beibehalten werden solle. Englisch sei für Deutschsprachige leichter zu erlernen als eine romanische Sprache und es sei auch der Zusammenhang mit den MINT-Fächern gegeben, zumal Englisch in der Welt von Technik und Informatik unabdingbar sei. Mit einer einzigen Fremdsprache lägen die Chancen für Erfolgserlebnisse für weniger sprachbegabte Kinder besser und der französischen Sprache würde mit weniger Vorurteilen begegnet.

- Da der Kanton Nidwalden dem HarmoS-Konkordat nicht beigetreten sei, bestehe keine Verpflichtung, eine zweite Fremdsprache an der Primarschule zu führen.

Beantwortung

1 Allgemeine Bemerkungen

Die Geschichte des Fachs Französisch an der Primarschule Nidwalden in den vergangenen Jahren widerspiegelt eine grosse Dynamik. Die Diskussionen, Entwicklungen und Veränderungen sind bis heute sowohl pädagogisch wie politisch geprägt. Es lassen sich pädagogische Argumente sowohl für als auch gegen das frühe Fremdsprachenlernen bzw. zwei Fremdsprachen in der Primarschule finden.

Nachdem in Nidwalden im Schuljahr 1996/97 der Französischunterricht ab der 5. Primarklasse eingeführt worden war, beschloss der Regierungsrat 2004, nach dem Entscheid Englisch ab der 3. Primarklasse zu unterrichten, Französisch an der Primarschule nur noch als Wahlpflichtangebot zu führen. Mittels einer parlamentarischen Initiative Ende 2005 entschied der Landrat, den Französischunterricht ganz aus der Primarschule zu verbannen, hob diesen Beschluss aber 2007 – noch vor dessen Umsetzung – aufgrund des Bildungsrahmenartikels des Bundes und der damit verbundenen Harmonisierungsbestrebungen wieder auf. Damit besuchen seit dem Schuljahr 2008/09 alle Primarschülerinnen und –schüler Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Primarklasse.

2 Kontroverse Sprachdiskussion

2.1 Widerstand

In den vergangenen Monaten ist das Primarschulfranzösisch in verschiedenen Kantonen wieder unter Beschuss geraten: Die Mittelstufenverbände der Kantone Schwyz, St. Gallen, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Zürich und Thurgau forderten, das Französisch gänzlich von der Primarschule zu verbannen. Der Lehrerinnen und Lehrerverband Schweiz wünscht eine Überprüfung der Situation und konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Fremdsprachenlernens.

Auf politischer Ebene ist im Kanton Thurgau eine Motion hängig, welche die Abschaffung des Frühfranzösisch beinhaltet. Im Kanton Obwalden wurde im November 2012 ein Postulat, das im Wesentlichen die Prüfung der Aufhebung des Französischunterrichts an der Primarschule beinhaltete, vom Kantonsrat nur knapp abgelehnt.

2.2 Parlamentarische Vorstösse in Nidwalden

Seit Oktober 2012 hat der Regierungsrat drei parlamentarische Vorstösse beantwortet, welche die Thematik des vorliegenden Postulats betreffen:

- Frühfranzösisch. Einfaches Auskunftsbegehren von LR Ruedi Waser, Hergiswil
- MINT-Fächer. Interpellation von LR Willy Frank, Stansstad
- Stundentafelrevision. Interpellation von LR Werner Küttel, Buochs

2.3 Umfrage bei den Lehrpersonen

In der zweiten Januarhälfte 2013 führte die Bildungsdirektion eine Befragung bei den Lehrpersonen der 3. bis 6. Primarklassen, der Orientierungsschule ORS und der Schulleitungen zur Einschätzung des Französischunterrichts in der Primarschule durch. Die Teilnahme von 129 Befragten bzw. 55 % aller Angeschriebenen ergab ein sehr heterogenes Bild. Nachfolgend werden die Ergebnisse von 4 zentralen Fragen der insgesamt 22 wiedergegeben:

- Rund 80 % der Befragten waren der Meinung, dass die meisten Schülerinnen und Schüler die Lernziele im Französischunterricht erreichen.

- Rund 55 % hatten den Eindruck, dass die Schülerinnen und Schüler mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule gut zu recht kommen.
- Rund 60 % würden es vorziehen, wenn der Französischunterricht erst auf der ORS beginnen würde, jedoch mit einer höheren Stundendotation.
- Rund 55 % erachteten es als wirksamer, die je zwei Wochenlektionen Französisch in der 5. und 6. Klasse für andere Fächer einzusetzen, beispielsweise für Deutsch oder Mathematik.

2.4 Gründe für die Koordination

Die Sensibilität der Sprachenfrage auf nationaler Ebene, die verfassungsmässige Verpflichtung zur Harmonisierung des Schulwesens und die Nachteile, welche eine Inzellösung für Nidwalden ergeben, sprechen für eine sorgfältige Prüfung der Vor- und Nachteile, die eine Verlagerung des Französisch an die ORS mit sich bringen.

Konkret verpflichtet die Bundesverfassung (SR 101) mit Art. 62 Abs. 4 die Kantone, die Bereiche Schuleintrittsalter, Schulpflicht sowie Dauer und Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren. Das HarmoS-Konkordat kann die Umsetzung dieses Auftrags nur erfüllen, wenn sich auch die Kantone, welche nicht beigetreten sind, an diejenigen Konkordatsvorgaben halten, welche die von der Bundesverfassung vorgegebenen Bereiche betreffen. Gelingt dies nicht, kann der Bund entsprechende Vorgaben vorschreiben.

Für den Kanton Nidwalden gilt gemäss Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bildungswesen (Bildungsgesetz, BiG; NG 311.1), dass dieses nach Möglichkeit mit dem der anderen Kantone der Region und der Schweiz zu koordinieren ist. Und konkreter verpflichtet das Gesetz über die Volksschule (Volksschulgesetzes, VSG; NG 312.1) mit Art. 21 Abs. 3, den Lehrplan und die Stundentafel mit den Kantonen der Zentralschweiz und soweit möglich mit denen der Deutschschweiz zu koordinieren. Diese Vorgabe ist insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschschweizer Lehrplans 21 zu beachten, der sich gemäss der Praxis in praktisch allen Kantonen am Fremdsprachenmodell 3/5 ausrichtet.

3 Fazit

Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen. Er wird darin das vorliegende Anliegen prüfen und neben vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Schulbehörden, Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz bzw. der D-EDK aufzeigen.

Beschluss

Dem Landrat wird beantragt, das Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried, und Landrat Armin Odermatt, Büren, betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule, gutzuheissen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Landrat Christian Landolt, Beckenried
- Landrat Armin Odermatt, Büren
- Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV) (Präsidium, Vizepräsidium, Sekretariat)
- Landratssekretariat
- Bildungsdirektion
- Amt für Volksschulen und Sport

- Amt für Berufsbildung und Mittelschule
- Rechtsdienst
- Direktionssekretär Bildungsdirektion

NWLR.111

REGIERUNGSRAT NIDWALDEN



Landschreiber

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Müller', is written over the red seal.



CH-6371 Stans, Postfach

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 5. September 2013

**Bildungsdirektion. Parlamentarische Vorstösse.
Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie Mitunterzeichnende, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch**

Bericht der Kommission BKV

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 haben die Landräte Christian Landolt, Beckenried, und Armin Odermatt, Büren, sowie Mitunterzeichnende beim Regierungsrat ein Postulat eingereicht und diesen darin gebeten, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

Mit Beschluss Nr. 379 vom 4. Juni 2013 beantragte der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat der Landräte Christian Landolt und Armin Odermatt betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule, gutzuheissen.

Die Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft hat an ihrer Sitzung vom 28. August 2013 im Beisein von Bildungsdirektor Res Schmid sowie der Landräte Christian Landolt und Armin Odermatt deren Postulat beraten. Zunächst erläuterte Bildungsdirektor Res Schmid die regierungsrätliche Position. Im Anschluss daran wurde den Postulanten Gelegenheit gegeben ihre Beweggründe für das Postulat darzulegen.

Für die Ausgangslage wird auf den Sachverhalt des regierungsrätlichen Beschlusses Nr. 379 vom 4. Juli 2013 verwiesen. Im Übrigen ergeht folgender Bericht:

Vorbemerkungen

Die Kommission BKV stellt fest, dass die wöchentliche Unterrichtszeit in der Primarschule – und somit auch für das Frühfranzösisch – in der Studententafel festgelegt wird, die in der kantonalen Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Volksschule (Volksschulverordnung, VSV; NG 312.11) geregelt wird.

Art. 53 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrates (Landratsgesetz, LRG) sieht vor, dass das Postulat den Regierungsrat beauftragt, einen Gegenstand oder eine Massnahme aus dem Geschäftsbereich des Landrates, des Regierungsrates oder der Verwaltung zu prüfen; es kann auch einen Bericht über einen anderen Gegenstand oder die Einsetzung einer Sachverständigenkommission verlangen.

Mit dem Postulat wird nun der Regierungsrat gebeten, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

Der Erlass beziehungsweise die Änderung der Volksschulverordnung liegt in der Zuständigkeit des Regierungsrates. Dieser kann mit einem Postulat somit allein verpflichtet werden, die Abschaffung des Frühfranzösisch zu prüfen. Im Rahmen einer allfälligen Anpassung der Volksschulverordnung wird der Regierungsrat jedoch letztlich selbstständig entscheiden.

Demzufolge kann der vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Bericht (vgl. dazu Ziffer 3 des Regierungsratsbeschlusses Nr. 379 vom 4. Juli 2013) vom Landrat lediglich zur Kenntnis genommen werden. Der Entscheid darüber, ob das Frühfranzösisch abgeschafft werden soll oder nicht, obliegt – wie bereits ausgeführt – dem Regierungsrat.

Im Einzelnen

In materieller Hinsicht kann sich die Kommission BKV den regierungsrätlichen Äusserungen grossmehrheitlich anschliessen, so dass grundsätzlich auf die Erwägungen des Regierungsrates verwiesen werden kann.

Die Kommission BKV begrüsst insbesondere die Absicht des Regierungsrates, vor einer allfälligen Beschlussfassung über die Änderung der Volksschulverordnung, welche in seiner Kompetenz liegt, die Angelegenheit umfassend zu prüfen, dies unter Einbezug aller massgebenden und entscheidungsrelevanten Kriterien wie unter anderem auch dem Lehrplan 21. Mit dem Regierungsrat ist darin übereinzustimmen, dass weitere Grundlagen erforderlich sind und vor allem auch alle massgebenden Gremien und Akteure anzuhören seien. Aber auch wissenschaftliche Erkenntnisse hätten in diesen Bericht einzufließen. Nicht zu vergessen sei sodann, dass der Kanton Nidwalden keine bildungspolitische Insel, sondern sowohl in der Zentralschweiz wie auch in der Deutschschweiz jeweils Teil einer umfassenderen Bildungslandschaft sei, so dass er zu einer gewissen Harmonisierung der Schulen verpflichtet sei. All diese Zusammenhänge habe der regierungsrätliche Bericht zu erkennen und aufzuzeigen.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 379 vom 4. Juni 2013 zu dieser Eingabe Stellung genommen und dem Landrat letztlich beantragt, das Postulat gutzuheissen. In dieser Form konnte sich die Mehrheit der Kommission BKV indes dem regierungsrätlichen Antrag nicht vorbehaltlos anschliessen, zumal es auch der Regierungsrat unter Ziffer 3 seines Beschlusses Nr. 379 vom 4. Juni 2013 als sinnvoll erachtete, „... einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen. Er [werde] darin das vorliegende Anliegen prüfen und neben vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Schulbehörden, Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz bzw. der D-EDK aufzeigen.“ Diese Obliegenheit des Regierungsrates ist für die Kommission BKV zwingend in den Antrag zu Handen des Landrates zu integrieren.

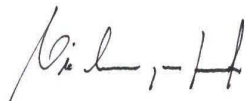
Antrag

Die Kommission BKV beantragt dem Landrat mit 9 : 0 Stimmen (1 Enthaltung), das Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried, und Landrat Armin Odermatt, Büren, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch insofern gutzuheissen, als der Regierungsrat diese Thematik in einem Bericht umfassend prüfen lässt.

Freundliche Grüsse

Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV)

Präsident



Josef Niederberger

Sekretär



Rolf Brühwiler



KANTON
NIDWALDEN

REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

FRANZÖSISCH AN DER PRIMARSCHULE. BERICHT ZUM POSTULAT VON LANDRAT CHRISTIAN LANDOLT

**Postulat Frühfranzösisch
Bericht an den Landrat**

Titel:	FRANZÖSISCH AN DER PRIMARSCHULE. BERICHT ZUM POSTULAT VON LANDRAT CHRISTIAN LANDOLT	Typ:	Bericht	Version:	
Thema:	Postulat Frühfranzösisch Bericht an den Landrat	Klasse:		FreigabeDatum:	21.08.14
Autor:	Andreas Gwerder	Status:		DruckDatum:	06.10.14
Ablage/Name:	Französischunterricht. Bericht zum Postulat 140819 v1.1.docx			Registratur:	NWLR.111

Inhalt

1	Zusammenfassung	4
2	Ausgangslage	5
2.1	Postulat betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch	5
2.2	Fremdsprachen-Initiative	5
2.3	Parlamentarische Vorstösse	6
2.3.1	MINT-Fächer. Interpellation von LR Willy Frank und Monika Lüthi-Wyss	6
2.3.2	Frühfranzösisch. Einfaches Auskunftsbegehren von LR Ruedi Waser	6
2.3.3	Stundentafelrevision. Interpellation von LR Werner Küttel	7
3	Fremdsprachenunterricht	7
3.1	Harmonisierungsbestrebungen auf regionaler und nationaler Ebene	7
3.1.1	Sprachenstrategie der EDK	7
3.1.2	Bildungsartikel und HarmoS-Konkordat	7
3.1.3	Sprachengesetz	8
3.1.4	Umsetzung	8
3.1.5	Lehrplan 21	9
3.2	Lagebeurteilungen	9
3.2.1	Haltung des Bundesrats	9
3.2.2	Haltung der Erziehungsdirektorenkonferenz	9
3.2.3	Haltung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz	10
3.2.4	Haltung der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz	10
3.3	Aktuelle Parlamentarische Vorstösse auf nationaler Ebene	10
3.4	Gründe für ein koordiniertes Vorgehen	11
3.4.1	Gesetzliche Grundlage in Nidwalden	11
3.4.2	Sensibilität im nationalen Kontext	11
3.4.3	Alleingang	12
3.5	Förderung der Fremdsprachen in der Primarschule	12
3.6	Kritik an zwei Fremdsprachen in der Primarschule	13
3.6.1	Widerstand	13
3.6.2	Hauptargumente der Gegner	14
3.7	Erkenntnisse aus der Forschung	15
3.7.1	Effekte des Alters auf das Fremdsprachenlernen	15
3.7.2	Studie zum Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe	15
3.7.3	Weitere Zahlen und Fakten aus der jüngeren Forschung	16
3.7.4	Fremdsprachen in Schweizer Betrieben	17
3.7.5	Evaluation auf Ebene der BKZ	17
3.7.6	Evaluation auf Ebene der EDK	18
3.8	Französischunterricht in Nidwalden	18
3.8.1	Entwicklung	18
3.8.2	Leistungsmessungen	20
3.8.3	Nachqualifikation der Lehrpersonen	22
3.8.4	Sprachaustausch Französisch	22
3.8.5	Umfragen in Nidwalden	22
3.9	Bereits getroffene Massnahmen	24
3.9.1	Aufstockung Stundentafel	24
3.9.2	Stärkung MINT-Fächer	24
3.9.3	Ausbau des Fremdsprachenaustauschs	24
4	Haltung des Regierungsrats	24
5	Antrag	25

1 Zusammenfassung

Im Herbst 2013 hiess der Landrat ein Postulat zur Abschaffung des Französischunterrichts in der Primarschule einstimmig gut. Und im Frühling 2014 wurde eine Volksinitiative eingereicht, die im Wesentlichen verlangt, dass künftig nur noch eine Fremdsprache an der Primarschule unterrichtet wird. Damit läuft die Berichterstattung zu Postulat und Initiative parallel; die beiden Berichte werden aus nahe liegenden Gründen zeitgleich vorgelegt.

Die Geschichte der vergangenen Jahre des Fachs Französisch an der Primarschule Nidwalden widerspiegelt eine grosse Dynamik: 1996 wurde das Fach ab der 5. Primarklasse unterrichtet. Im Rahmen einer parlamentarischen Initiative entschied der Landrat 2005, an der Primarschule nur eine einzige Fremdsprache anzubieten. Dieser Entscheid wurde jedoch 2007 – noch vor dessen Umsetzung – aufgrund des Bildungsrahmenartikels des Bundes und der damit verbundenen Harmonisierungsbestrebungen wieder aufgehoben. Im Sommer 2014 verliess in Nidwalden der dritte Schülerjahrgang, der an der Primarschule in zwei Fremdsprachen (Englisch ab der 3. Klasse und Französisch ab der 5. Klasse; Modell 3/5) unterrichtet wurde, die obligatorische Schule.

Das politische Interesse an der Thematik manifestiert sich u.a. in den fünf politischen Vorstössen, die seit 2011 erfolgt sind: Neben dem genannten Postulat und der Volksinitiative wurden ein Einfaches Auskunftsbegehren zum Frühfranzösisch sowie je eine Interpellation zur Stärkung der MINT-Fächer und zu einer Studentafelrevision eingereicht.

Der heutige Fremdsprachenunterricht in Nidwalden orientiert sich an der Sprachenstrategie der EDK. Deren Ziel besteht darin, das Sprachenlernen insgesamt zu verbessern, vom Potenzial des frühen Sprachenlernens zu profitieren, der Mehrsprachigkeit des Landes gerecht zu werden und im europäischen Kontext konkurrenzfähig zu bleiben. Mit der Sprachenstrategie werden auch die Vorgaben der Bundesverfassung zur Harmonisierung sowie des Sprachengesetzes erfüllt.

Die Erkenntnisse aus der Forschung zeigen, dass Effekte des Alters auf das Fremdsprachenlernen schwer auszumachen sind. Dies aufgrund verschiedenster Zusatzfaktoren, die bei allen bisherigen Untersuchungen berücksichtigt werden müssen. Deshalb führt die Verwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen für oder gegen das frühe Lernen einer Fremdsprache oft zu widersprüchlichen Aussagen. Eine Studie zum Deutsch- und Fremdsprachenunterricht im Modell 3/5 in der Zentralschweiz ergab 2009 grundsätzlich positive Resultate.

Die Gründe, welche für das Modell 3/5 vorgebracht werden, betreffen lernpsychologische Aspekte wie Vorteile des frühen Sprachenlernens, die höhere Motivation, Transfereffekte beim Lernen von zwei Fremdsprachen oder die zeitlich längere Auseinandersetzung mit der Sprache bei einem früheren Beginn. Weiter sind es politische Argumente wie der nationale Zusammenhalt oder der Harmonisierungsauftrag, die ins Feld geführt werden.

Die Hauptargumente gegen das Modell 3/5 vorgebracht, betreffen die Überforderung der Kinder, die Vernachlässigung von Deutsch als Erstsprache, die Sprachlastigkeit der Primarschule auf Kosten anderer Fächer sowie die grosse Herausforderung für die Lehrpersonen.

Die Haltung gegenüber dem Fremdsprachenunterricht an der Primarschule präsentiert sich heute so, dass die Kritik seit 2010 wieder lauter geworden ist: Fast 30 Vorstösse sind auf kantonaler Ebene zum Thema eingereicht worden und auch der schweizerische Lehrerinnen- und Lehrerverband nimmt eine kritisch-abwartende Haltung ein. Bundesrat, EDK, D-EDK und die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz stehen klar hinter der Sprachenstrategie bzw. wollen eine Standortbestimmung erst vornehmen, wenn der laufende, auf rund 20 Jahre anberaumte Prozess weiter fortgeschritten bzw. abgeschlossen ist.

Umfragen im Kanton Nidwalden haben ergeben, dass eine knappe Mehrheit der Lehrpersonen an der Volksschule eine Verlagerung des Französischunterrichts an die Orientierungsschule (ORS) wünschen. Die Lehrpersonen der Sekundarstufe II (Berufsfachschule und Gymnasium) erachten die sprachlichen Voraussetzungen der meisten Lernenden als gut, orten aber bei vielen Jugendlichen Defizite in Deutsch als Basis für den Fremdsprachenunterricht. Auch gemäss Stellungnahme der Lehrbetriebe verfügt eine Mehrheit über genügende allgemeine sprachliche Kompetenzen, wobei bessere Leistungen in der schriftlichen deutschen Kommunikation gewünscht werden. Kenntnisse in Englisch werden als wichtiger eingestuft als in Französisch. Auch die Umfrage bei den Erziehungsberechtigten ergab eine höhere Gewichtung der englischen Sprache als der französischen. Und im Französisch werden häufiger Lernschwierigkeiten ausgemacht als im Englisch. Sprachaufenthalten im Rahmen der Schule stehen die Eltern positiv gegenüber.

2 Ausgangslage

2.1 Postulat betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch

Mit Beschluss vom 25. September 2013 hiess der Landrat ein Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried, und Landrat Armin Odermatt, Büren, betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule einstimmig gut. Ihren Vorstoss begründen die Postulanten u.a. mit der Überforderung der Schülerinnen und Schüler, der unzureichenden Ausbildung der Lehrpersonen, der Haltung des Lehrerinnen und Lehrerverbands sowie der Sprachlastigkeit des Unterrichts an der Primarschule.

In seiner Stellungnahme hielt der Regierungsrat fest, dass

- aufgrund von Vorstössen in verschiedenen Kantonen die Fremdsprachenfrage auf der Primarstufe in Diskussion sei;
- auch in Nidwalden bereits verschiedene parlamentarische Anfragen zum Thema bearbeitet worden seien;
- eine Umfrage bei den betroffenen Lehrpersonen ergeben habe, dass eine knappe Mehrheit eine Verlagerung des Französischunterrichts an die Orientierungsschule begrüssen würde;
- es verschiedene gute Gründe für eine schweizerische Koordination in der Thematik gibt;
- er es als sinnvoll erachte, einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen.

Der Regierungsrat stellte in Aussicht, den Bericht im kommenden Jahr (2014) dem Landrat vorzulegen. Darin werde er das vorliegende Anliegen prüfen und neben wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz bzw. der D-EDK aufzeigen.

Gemäss Art. 112 des Reglements über die Geschäftsordnung des Landrates (Landratsreglement, LRR; NG 151.11) erfüllt der Regierungsrat ein gutgeheissenes Postulat, indem er in einer bspw. im Rahmen einer separaten Vorlage Bericht erstattet.

2.2 Fremdsprachen-Initiative

Am 17. Februar 2014 wurde in Nidwalden eine Volksinitiative zur Teilrevision des Volksschulgesetzes (NG 312.1) betreffend den Sprachunterricht auf der Primarstufe hinterlegt. Sie verlangt, dass an der Primarschule anstelle der heutigen zwei Fremdsprachen künftig nur noch eine unterrichtet wird.

Die Berichterstattung zur Initiative läuft nun parallel zum Auftrag über diejenige im Zusammenhang mit dem Postulat. Um die beiden eng zusammenhängenden Aufträge optimal aufeinander abzustimmen, wird der vorliegende Bericht zeitgleich mit demjenigen zur Fremd-

spracheninitiative vorgelegt. Der Vollständigkeit halber sind die meisten Inhalte des Berichts zur Initiative – oft etwas ausführlicher dargestellt – auch in der vorliegenden Zusammenstellung enthalten.

2.3 Parlamentarische Vorstösse

Seit Oktober 2012 hat der Regierungsrat vier parlamentarische Vorstösse beantwortet, welche die Thematik der vorliegenden Initiative betreffen. Inhalte und Stellungnahmen werden im Hinblick auf das anstehende Anliegen nachfolgend kurz zusammengefasst.

2.3.1 MINT-Fächer. Interpellation von LR Willy Frank und Monika Lüthi-Wyss

Mit Beschluss vom 16. Oktober 2012 beantwortete der Regierungsrat eine Interpellation von LR Willy Frank, Stansstad, betreffend die Stärkung der MINT-Kompetenzen. Der Regierungsrat bezog sich darin unter anderem auf den Unterrichtsabbau für die Lernenden, welcher aufgrund der Reduktion von Unterrichtsverpflichtungen der Lehrpersonen erfolgte sowie Verschiebungen zugunsten des Fremdsprachenunterrichts. Es wurde die Absicht der Bildungsdirektion bekundet, die Gewichtung und Staffelung des MINT- und des (Fremd)Sprachenbereichs vertieft zu prüfen. Die Bildungsdirektion vertrat die Meinung, dass eine entsprechende Korrektur möglichst bald anzugehen sei.

2.3.2 Frühfranzösisch. Einfaches Auskunftsbegehren von LR Ruedi Waser

Mit Beschluss vom 23. Oktober 2012 beantwortete der Regierungsrat ein Einfaches Auskunftsbegehren von LR Ruedi Waser, Hergiswil, betreffend das Fach Frühfranzösisch an den Primarschulen.

Unter anderem stellte der Regierungsrat fest, dass

- die zwei Fremdsprachen in der Primarschule für Lehrpersonen und Lernende eine besondere Herausforderung bedeuteten und dass von Seiten Arbeitgeber immer wieder Klagen hinsichtlich mangelnden Kenntnissen der Schulabgänger in Deutsch und Mathematik an die Bildungsdirektion herangetragen würden;
- die Bildungsdirektion zur Kenntnis genommen habe, dass die Lehrpersonen der Mittelstufe II sich gemäss dem Synthesebericht 2012 der Fachstelle für Schulevaluation über zu wenig Zeit im Deutschunterricht beklagten;
- die Bildungsdirektion beabsichtige, die Lektionentafel im Hinblick auf die Dotation der Fächer – insbesondere im Fremdsprachen- und MINT-Bereich – sowie auf eine Aufstockung der Unterrichtslektionen für die Schülerinnen und Schüler mit der Bildungskommission und der Schulpräsidentenkonferenz zu beraten;
- eine Längsschnittstudie im Rahmen des NFP-56-Projekts und im Auftrag der BKZ zur Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Zentralschweiz – allerdings ohne Nidwalden – in den Jahren 2006-2009 stattgefunden und tendenziell positive Ergebnisse geliefert hat;
- sich die Ergebnisse der Leistungserhebungen im Rahmen der Stellwerksprüfungen im 9. Schuljahr im Französisch in den vergangenen drei Jahren leicht verbessert haben, mit durchschnittlich 493 Punkten aber unter dem schweizerische Referenzwert von 500 Punkten liegen. Dies im Gegensatz zu den Fächern Englisch, Deutsch und Mathematik, wo die Resultate zum Teil erheblich besser sind als der Referenzwert.
- sich die Kosten für die Nachqualifikation der Lehrpersonen in den Jahren 1994-98 auf gut 370'000 Franken belaufen haben. Für die zusätzliche, noch laufende Zusatzqualifikation in Französisch werden voraussichtlich rund 320'000 Franken aufgewendet.

2.3.3 Stundentafelrevision. Interpellation von LR Werner Küttel

Mit Beschluss vom 23. April 2013 beantwortete der Regierungsrat eine Interpellation von Landrat Werner Küttel, Buochs, betreffend Überprüfen und Revidieren der Stundentafel für die Volksschulen. Der Regierungsrat hielt darin fest, dass die Neugestaltung der Stundentafel, insbesondere die Themen Fremdsprachenunterricht und allgemeine Unterrichtszeit, von der Bildungsdirektion in einem ersten Schritt mit verschiedenen Schulpartnern diskutiert werde und dementsprechend derzeit die Entscheidungsgrundlagen für eine entsprechende Verordnungsänderung erarbeitet würden. Das Projekt sei zwar gestartet worden, definitiver Entschiede seien aber noch nicht gefallen.

3 Fremdsprachenunterricht

3.1 Harmonisierungsbestrebungen auf regionaler und nationaler Ebene

3.1.1 Sprachenstrategie der EDK

Die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 25. März 2004 eine Strategie und einen Arbeitsplan für die gesamtschweizerische Koordination für den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule verabschiedet. Die Sprachenstrategie hat folgende Ziele:

- Das Sprachenlernen insgesamt verbessern (auch der ersten Sprache);
- besser vom Potenzial des frühen Sprachenlernens profitieren;
- die Mehrsprachigkeit des Landes respektieren;
- im europäischen Kontext konkurrenzfähig bleiben.

Im Zuge der Erwägungen wurden der Einführungszeitpunkt und die Reihenfolge der Fremdsprachen im Rahmen der obligatorischen Schulzeit intensiv diskutiert. Das Ergebnis:

- Eine Einigung über die erste Fremdsprache konnte nicht erzielt werden, aber hinsichtlich der strukturellen Eckwerte kam man überein, dass alle Primarschülerinnen und -schüler spätestens ab dem 3. Schuljahr in der ersten und ab dem 5. Schuljahr der zweite Fremdsprache unterrichtet werden.
- Eine der beiden Sprachen ist eine zweite Landessprache, die andere ist Englisch.
- Beim Sprachenlernen sind auch kulturelle Aspekte eingeschlossen.
- In beiden Fremdsprachen werden per Ende der obligatorischen Schule gleichwertige Kompetenzniveaus vorgegeben.

Im EDK-Strategiepapier von 2004 wurde zur grundlegenden Bedeutung des schulischen Sprachenlernens u.a. festgehalten: „Die Förderung der Sprachkompetenzen (Erstsprache und Fremdsprachen) ist ein elementares Bildungsziel; dabei gilt es vor allem, das frühe Sprachenlernen gezielt zu fördern.“

Zur Koordination des Sprachenunterrichts in der Schweiz veröffentlichte die EDK 2012 eine breit angelegte Studie, in welcher der aktuelle Stand und die Entwicklungen aufgezeigt sowie ein Ausblick angestellt werden¹.

3.1.2 Bildungsartikel und HarmoS-Konkordat

2006 hat die Schweizer Bevölkerung zuhanden der Bundesverfassung (BV, SR 101) mit grosser Mehrheit (Schweiz: 86 %; Nidwalden: 84 %) die Kantone zur Harmonisierung des Schulwesens verpflichtet. Art. 62 Abs. 4 BV hält fest, dass die Bereiche des Schuleintrittsalters, der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungstufen zu harmonisieren seien.

¹ Hutterli, Sandra (Hrsg.): Koordination des Sprachenunterrichts in der Schweiz. Bern. EDK 2012

Zur Umsetzung dieses Auftrags hat die EDK das HarmoS-Konkordat geschaffen. Das Konkordat vom 14. Juni 2007 legt in Art. 4 die Eckwerte zur Sprachenstrategie fest, die vorgeben, dass Englisch und eine zweite Landessprache ab der 3. bzw. der 5. Primarklasse unterrichtet werden.

Nidwalden ist durch den Volksentscheid vom 8. Februar 2009 HarmoS nicht beigetreten und also an diese Vorgabe nicht gebunden.

3.1.3 Sprachengesetz

Das am 5. Oktober 2007 vom Schweizer Parlament beschlossene Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz; SR 441.1) sieht für alle Lernenden der Volksschulstufe die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit durch den Unterricht in zwei Fremdsprachen vor (einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache). Begründet wird die Zielsetzung u.a. mit dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung, wonach die individuelle Mehrsprachigkeit und insbesondere die Kompetenzen in einer zweiten Landessprache den Grundstein für die gegenseitige Verständigung in der mehrsprachigen Schweiz und somit für den „Sprachenfrieden“ darstellen.

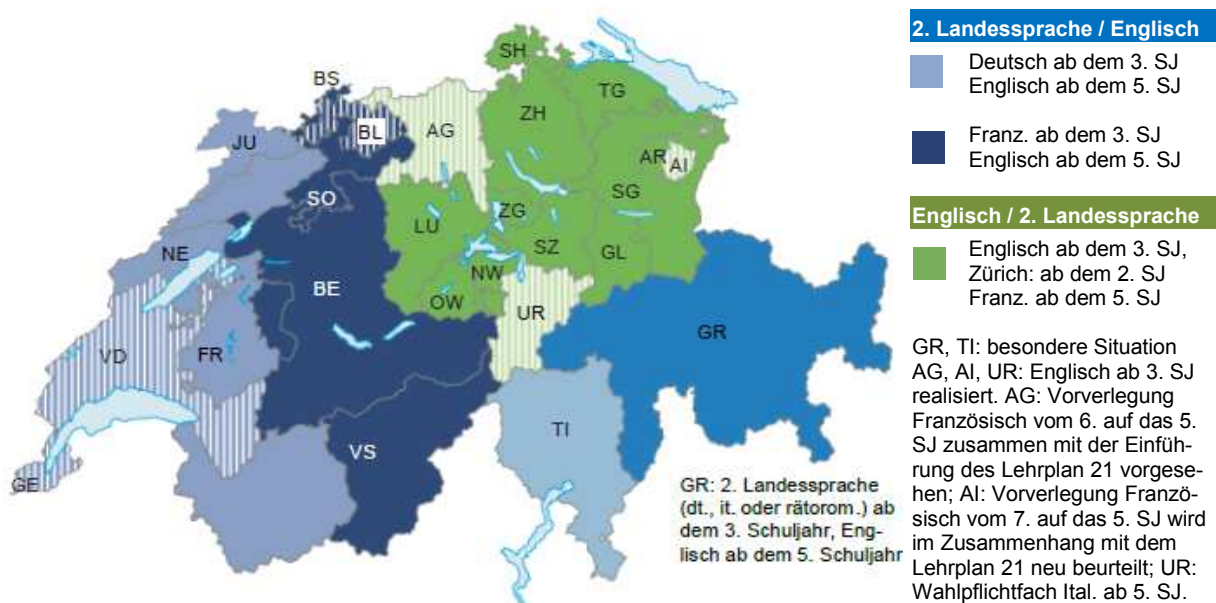
Zu welchem Zeitpunkt der Unterricht in den Fremdsprachen einsetzen soll, ist im Sprachengesetz nicht definiert.

3.1.4 Umsetzung

Die Umsetzung der Sprachenstrategie ist als mehrjähriger Prozess geplant. Für die Realisierung auf allen Ebenen sieht die EDK rund 20 Jahre vor. Dieser Prozess ist im Gang, wichtige Ziele wurden bereits erreicht, weitere sind noch anzugehen. Grundsätzlich sind die Kantone auf Kurs.

Im Rahmen der Zentralschweiz haben mit Ausnahme des Kantons Uri auf Empfehlung der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) alle Kantone das Modell 3/5 eingeführt, obwohl sie dem HarmoS-Konkordat nicht beigetreten sind.

Fremdsprachenunterricht in der Schweiz. Stand in den Kantonen im Schuljahr 2013/2014. In den Kantonen ohne Schraffur ist das Modell 3/5 im Schuljahr 2013/2014 umgesetzt resp. gestartet



Die Umsetzung des Harmonisierungsauftrags Bundesverfassung kann nur erfüllt werden, wenn sich auch die Kantone, die HarmoS nicht beigetreten sind, an möglichst viele der dort festgeschriebenen Vorgaben halten. Gelingt dies nicht, kann der Bund entsprechende Vorgaben machen.

Der Passus aus Art. 62 Abs. 4 BV, wonach die Ziele der Bildungsstufen zu harmonisieren sind, könnte im Zusammenhang mit den Fremdsprachen bei der Beurteilung des Harmonisierungsstandes durch den Bund allenfalls kritisch ausfallen. Rechtliche Abklärungen haben allerdings ergeben, dass eine Ableitung des Modells 3/5 aus den Vorgaben der Verfassung nicht gemacht werden kann.

3.1.5 Lehrplan 21

Bedeutend für die Diskussion um den Fremdspracherwerb ist auch die Erarbeitung des Lehrplans 21. Basierend auf der bisherigen Praxis in praktisch allen Kantonen richtet sich dieser am Modell 3/5 aus. Da die Einsetzung der Lehrpläne in der Hoheit der Kantone liegt, ist es aber möglich, dass Nidwalden eine entsprechende Korrektur des LP 21 vornimmt. Auf der andern Seite geht damit die Kompatibilität verloren, auf welche die nationalen Leistungsmessungen im Rahmen des Bildungsmonitorings angewiesen ist, womit Nidwalden für den interkantonalen Leistungsvergleich im Französisch am Ende des 6. nicht aber des 9. Schuljahrs entfielen.

3.2 Lagebeurteilungen

3.2.1 Haltung des Bundesrats

Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort vom 12. Februar 2014 auf eine Interpellation von Nationalrat Mathias Reynard: „Kantonale Lösungen, die zu einer Benachteiligung der zweiten Landessprache führen könnten, würden den nationalen Zusammenhalt und die nötige Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften gefährden. Eine solche Benachteiligung läge bspw. vor, wenn auf der Primarstufe als Fremdsprache nur noch Englisch unterrichtet würde.“

In der Ständeratsdebatte vom 13. Juni 2014 bezog sich der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Bundesrat Berset, auf die von der EDK angekündigte Bilanz zur Harmonisierung der Volksschule. Sollte diese für die französische oder italienische Sprache negativ ausfallen oder sollten vor 2015 in den Kantonen definitive Entscheidungen zu Ungunsten einer Landessprache fallen, werde der Bund, so Berset, von seinen subsidiären Kompetenzen Gebrauch machen. (Vgl. auch Kap. 3.4.3)

3.2.2 Haltung der Erziehungsdirektorenkonferenz

Die EDK hält anlässlich ihrer Plenarversammlung vom 12. Juni 2014 fest, dass die Sprachenstrategie von 2004 von bald 23 Kantonen umgesetzt wird. Die Einführung erfolge gestaffelt und sei in den Kantonen unterschiedlich weit. Der Vorstand sieht keinen Anlass, die Sprachenstrategie anzupassen. Die für 2015 vorgesehene Bilanz über die Harmonisierung der obligatorischen Schule werde zeigen, wie weit die Harmonisierung fortgeschritten sei. Im Übrigen wird festgestellt, dass das Interesse an den Landessprachen schwinde und die Einsicht in die Pflege der Grundlagen für das gegenseitige Verstehen abnehme. In diesem Sinne erscheine es angezeigt, dass Bund und Kantone eine Offensive für die Landessprachen lancieren, wobei es vorab um die Förderung des Bewusstseins für die Landessprachen gehe. Ein entsprechendes Programm wird der Plenarversammlung im Oktober 2014 in Aussicht gestellt.

3.2.3 Haltung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz

Eine Aussprache im Rahmen der Plenarversammlung vom 20. Juni 2013 ergab hinsichtlich der Haltung zum weiteren Vorgehen bzw. konkreten Massnahmen im Umgang mit der Thematik der Fremdsprachen an der Volksschule ein disparates Bild. Man einigte sich darauf, in Absprache mit der EDK das Traktandum wieder aufzunehmen. In der Folge wurde die Arbeitsgruppe Sprachen beauftragt, einen Bericht zur Umsetzung der EDK-Sprachenstrategie in der Deutschschweiz² zusammenzustellen. Dieser wurde der Plenarversammlung am 27. März 2014 präsentiert und die Arbeitsgruppe wurde beauftragt bei den Kantonen sowie dem Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) eine Stellungnahme dazu einzuholen. Die Fragen, welche den Vernehmlassungspartnern gestellt wurden, betreffen u.a. die Einschätzung des Handlungsbedarfs, wie er angesichts der Umsetzung der EDK-Sprachenstrategie dargestellt wird oder die Einschätzungen der AG Sprachen zu einzelnen Umsetzungsaspekten. Eine Auswertung liegt zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts noch nicht vor.

3.2.4 Haltung der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz

Die BKZ führte an ihrer Sitzung vom 13. September 2013 eine Aussprache zur aktuellen Situation in den Kantonen. Es zeigte sich, dass verschiedentlich ein grosser Handlungsdruck wahrgenommen wird; auf der andern Seite konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Man kam lediglich überein, eine regionale Evaluation – insbesondere des Französischunterrichts an der Primarschule – zu prüfen. An ihrer Sitzung vom 3. Juli 2014 erteilte die BKZ den Auftrag zu einer solchen Untersuchung.

3.3 Aktuelle Parlamentarische Vorstösse auf nationaler Ebene

Nationalrätin Silva Semadeni hat am 19. März 2014 eine Motion eingereicht betreffend die Strategie zur Förderung von zweisprachigen Schulen in den Landessprachen. Die Motionärin möchte den Bundesrat beauftragen, in Absprache mit den Kantonen eine Strategie mit subsidiären Massnahmen zu erarbeiten und möglichst rasch zu realisieren, um mit der Schaffung von zweisprachigen Klassen die Landessprachen zu fördern wie auch die interkulturelle Sensibilität und die nationale Kohäsion zu festigen. Auf Antrag des Bundesrates wurde die Motion vom Nationalrat am 20. Juni 2014 angenommen; die Beratung im Ständerat steht noch aus.

Mit Datum vom 19. März hat Nationalrat Raphaël Compte eine Interpellation betreffend das Lernen einer zweiten Landessprache im Schulunterricht eingereicht. Darin wird der Bundesrat gefragt, ob er für den Fall, dass gewisse Deutschschweizer Kantone auf das Unterrichten einer zweiten Landessprache verzichten, bereit sei, seine Kompetenz zur Durchsetzung eines frühen Unterrichts in den Landessprachen zu gewährleisten. Der Bundesrat hielt in seiner Antwort vom 21. Mai 2014 fest, dass bisher noch in keinem Kanton ein definitiver Entscheid gegen das Modell mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule gefällt worden sei, dass er aber bereit wäre, im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu handeln, falls diesbezüglich keine koordinierte Lösung erreicht werde.

Von der sozialdemokratischen Fraktion schliesslich wurde am 20. März 2014 im Nationalrat eine Motion eingereicht betreffend den Spracherwerb in der obligatorischen Schulzeit mit dem Titel: „Vorbeugen statt heilen – mehr Ressourcen für den nationalen Zusammenhalt“. Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, um die in der Bundesverfassung festgelegten Koordinationsziele zu gewährleisten. Besonders wichtig erscheinen den Motionären die im Sprachengesetz festgelegten Spracherwerbsziele.

Und in einer Interpellation zur Stärkung des inneren Zusammenhalts der Schweiz fragt Nationalrat Christian Levrat am 21. März 2014 den Bundesrat u.a., ob dieser handeln würde,

² D-EDK: Umsetzung der EDK-Sprachenstrategie in der Deutschschweiz. Einschätzung der AG Sprachen D-EDK zum aktuellen Stand und Überlegungen zum Handlungsbedarf. Luzern: D-EDK 2014

falls der Unterricht in einer zweiten Landessprache in gewissen Kantonen in Frage gestellt werden sollte und ob er der Ansicht sei, dafür über ausreichende gesetzliche Grundlagen zu verfügen. Insbesondere möchte der Interpellant wissen, ob der Bundesrat die Kantone verpflichten würde, in der Primarschule eine zweite Landessprache zu unterrichten oder ob er lediglich vorgeben würde, die Schülerinnen und Schüler müssten am Ende der obligatorischen Schulzeit über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen.

3.4 Gründe für ein koordiniertes Vorgehen

3.4.1 Gesetzliche Grundlage in Nidwalden

Für den Kanton Nidwalden gilt gemäss Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Bildungswesen (Bildungsgesetz, BiG; NG 311.1), dass dieses nach Möglichkeit mit dem der anderen Kantone der Region und der Schweiz zu koordinieren ist. Und konkreter verpflichtet das Gesetz über die Volksschule (Volksschulgesetzes, VSG; NG 312.1) in Art. 21 Abs. 3, den Lehrplan und die Stundentafel mit den Kantonen der Zentralschweiz und soweit möglich mit denen der Deutschschweiz zu koordinieren.

3.4.2 Sensibilität im nationalen Kontext

Die Sensibilität der Sprachenfrage auf nationaler Ebene, die verfassungsmässige Verpflichtung zur Harmonisierung des Schulwesens und die Nachteile, welche sich bei einer Insellösung für Nidwalden ergeben, legen ein sorgfältiges Vorgehen bei der Verlagerung des Französischunterrichts an die Orientierungsschule (ORS) nahe. Während die Verpflichtung zur Harmonisierung weiter oben bereits erläutert wurde, werden nachfolgend die Sensibilität im nationalen Kontext sowie die Inselproblematik für Nidwalden kurz dargestellt.

Im nationalen Kontext stellt eine Abkehr von der Sprachen- und Harmonisierungspolitik von Bund und EDK ein Zeichen dar, welches unvermeidlich Kritik und Unverständnis auslösen wird. Insbesondere in den französisch- und italienischsprachigen Landesteilen werden die Diskussionen rund um die Fremdsprachenfrage in der Deutschschweiz sehr genau beobachtet. Schon der Entscheid vieler Deutschschweizer Kantone, zeitlich das Englisch dem Französisch vorzuziehen, hat insbesondere in der lateinischen Schweiz intensive Diskussionen um die Stellung der Landessprachen und um den nationalen Zusammenhalt ausgelöst. Als Indikator dafür, wie hoch die Sensibilität in Sprachenfragen im schulischen Kontext ist, kann der Entscheid der Obwaldner Regierung herangezogen werden, das Schwerpunktfach Italienisch am Gymnasium aufzuheben. Die Massnahme, von der faktisch nur wenige Schülerinnen und Schüler betroffen sind, hat im Tessin Reaktionen von einer Heftigkeit verursacht, welche alle Erwartungen übertrafen.

In diesem Sinne muss eine Verschiebung des Französischunterrichts an die ORS gegenüber der Romandie sehr sorgfältig dargelegt werden. Von Seiten der Romandie gab es denn bereits verschiedentlich Forderungen³, dem Französischunterricht in der Deutschschweiz mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Von den Behörden der Kantone und des Bundes wurde verschiedentlich verlangt, der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften mehr Gewicht beizumessen. Gleichzeitig wurde der Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, dass sich die Romandie in ihrem Bemühen um die Schweizer Sprachensolidarität allein gelassen fühlt.

Für den Fall eines Ausstiegs aus dem Primarschulfranzösisch bestünde also die Herausforderung darin, glaubwürdig festzuhalten, dass der Entscheid aufgrund pädagogischer Erwägungen erfolgt und die Ansprüche der Verständigung zwischen den unterschiedlichen Sprachgemeinschaften und deren Kultur sehr wohl im Auge behalten würden: Die Lernenden des Kantons Nidwalden würden bezüglich der Fremdsprache Französisch künftig zu einem

³ z.B. Resolution des Lehrerinnen- und Lehrerverbands der Romandie (SER) vom 30. November 2013

verbindlichen Sprachaufenthalt verpflichtet und an der ORS entsprechend intensiv unterrichtet, damit sie am Ende der obligatorischen Schulzeit sprachlich das gleiche oder sogar ein höheres Niveau wie die Lernenden von Kantonen mit System 3/5 ausweisen.

3.4.3 Alleingang

Als Hauptargument für die Harmonisierung wird immer wieder die Mobilität der Bevölkerung genannt. Im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Landrat Armin Odermatt⁴ hat die Bildungsdirektion abgeklärt, wie viele Familien mit Kindern im Schulalter aus dem Kanton Nidwalden wegziehen. In den 5. und 6. Klassen sind es jährlich rund drei Kinder, was rund 2.5 ‰ entspricht und damit nicht ins Gewicht fällt. Etwas anders präsentieren sich die Verhältnisse bei den Übergängen an ausserkantonale Gymnasien: Eine solche Institution besuchen momentan 27 Schülerinnen und Schüler oder 5 % eines Gymnasiastensjahrgangs, die vor Abschluss der 3. ORS übergetreten sind.

Insbesondere im zentralschweizerischen Rahmen wird die Zusammenarbeit im Fremdsprachenbereich mit einer einseitigen Nidwaldner Verlagerung von Französisch auf die ORS erschwert.

Sollte der Bund in den kommenden Jahren feststellen, dass die Kantone die verfassungsmässigen Harmonisierungsvorgaben nicht zustande bringen bzw. nicht hinreichend erfüllen, müsste er eine Regelung in Bezug auf die erste und zweite Fremdsprache erlassen. In der Folge könnte es sein, dass Nidwalden im Falle einer Französisch-Verlagerung an die ORS diese – mit allen Konsequenzen bzgl. Nachqualifikation etc. – schon bald wieder rückgängig machen müsste. (Vgl. auch Kap. 3.2.1)

3.5 Förderung der Fremdsprachen in der Primarschule

Die ersten Kantone führten das „Frühfranzösisch“ resp. „Frühdeutsch“ in den 1970er-Jahren ein, die letzten in den 1990er-Jahren. Seit Anfang der 2000er-Jahre ist zudem in der Mehrheit der Kantone Englisch ab der 7. Klasse obligatorisch. Mit Blick auf Ergebnisse der Entwicklungspsychologie und der Hirnforschung, welche für das frühe Sprachenlernen sprechen, setzte der Unterricht damit gemäss EDK aber eher spät ein. Für die Weiterentwicklung des Fremdsprachenunterrichts entwarfen deshalb die kantonalen Erziehungsdirektoren 2004 die Sprachenstrategie (vgl. auch Kap. 3.1.1). Im Zuge der Förderung des Fremdsprachenunterrichts wurden im Wesentlichen folgende Argumente aufgeführt:

- Der optimale Zeitpunkt für den Beginn des Fremdsprachenlernens liegt gemäss neuropsychologischer Erkenntnisse zwischen vier und fünf Jahren. Auch wenn der optimale Zeitpunkt für einen Beginn auf der Primarstufe bereits vorbei ist, sprechen einige Faktoren für einen Start auf dieser Stufe anstelle eines noch späteren Beginns: einerseits die höhere Motivation der Kinder in diesem Alter und andererseits die längere Dauer, während der Fremdsprachen über die gesamte Schulzeit verteilt gelernt werden können.
- Ein Abstand von zwei Jahren zwischen der Einführung der beiden Fremdsprachen ist aus Sicht der Neuropsychologie und im Sinne der Transfereffekte ideal.
- Früherer Start bedeutet längere Auseinandersetzung mit der Fremdsprache.
- Der Start einer Fremdsprache im Teenage-Alter ist ungünstig.
- Nationaler Zusammenhalt: Die Vernachlässigung der Nationalsprachen Deutsch, Französisch und Italienisch behindert die Mobilität zwischen den Sprachgebieten und erhöht die Gefahr eines Auseinanderdriftens der Sprachgebiete.
- Die Harmonisierung des Bildungswesens stellt eine verfassungsmässige Vorgabe dar, zu der sich eine Mehrheit der Bevölkerung bekannt hat.

⁴ Kleine Anfrage von Landrat Armin Odermatt, Büren, betreffend die Wohnortswechsel von Familien mit schulpflichtigen Kindern. Regierungsratsbeschluss Nr. 689 vom 15. Oktober 2013

- In den Jahren 2006-2009 wurde im Auftrag der BKZ eine Längsschnittstudie im Rahmen des NFP-56-Projekts durchgeführt. Sie hat zur Führung von zwei Fremdsprachen tendenziell positive Resultate ergeben.

Spezifisch für Nidwalden ergeben sich folgende Argumente, welche für die (vorläufige) Beibehaltung des Französischunterrichts an der Primarschule sprechen:

- Nidwalden würde zusammen mit dem Thurgau zu den ersten Kantonen gehören, die aus der Sprachenstrategie der EDK aussteigen. Es ist zu bedenken, welche Wirkung dieser Ausstieg Nidwaldens aus den nationalen Harmonisierungsbestrebungen entfaltet.
- Die Nidwaldner Volksschule würde im Fremdsprachenbereich mit Uri zusammen zu einer Insel.
- Seit dem Schuljahr 2008/09 besuchen alle Primarschülerinnen und -schüler in Nidwalden ab dem 3. Schuljahr den Englisch- und ab dem 5. den Französischunterricht. Ende Schuljahr 2013/14 verliess der dritte Jahrgang, welcher nach dem Modell 3/5 unterrichtet wurde, die obligatorische Schule. Für den Entscheid zum Ausstieg ist damit die Erfahrungszeit relativ kurz.
- Für die Zusatzqualifikation von Nidwaldner Primarlehrpersonen in Französisch wurden rund 320'000 Franken aufgewendet. Die Investition wäre bei einer Verlagerung von Französisch an die ORS mehr oder weniger verloren.
- Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) hat an ihrer Sitzung vom 16. Mai 2014 beschlossen, eine Evaluation des Fremdsprachenunterrichts an der Volksschule durchführen zu lassen. Die Resultate, die auf Ende 2015 erwartet werden, versprechen konkrete Erkenntnisse zum Fremdsprachenlernen an der Volksschule in der Zentralschweiz (vgl. auch Kap. 3.7.4).

3.6 Kritik an zwei Fremdsprachen in der Primarschule

3.6.1 Widerstand

Schon im Anschluss an die Sprachenstrategie der EDK 2004 gab es nicht nur in Nidwalden Widerstand gegen das Vorhaben, zwei Fremdsprachen an der Primarschule zu unterrichten: So kamen in den Kantonen Zürich, Zug, Thurgau, Schaffhausen und Luzern Volksinitiativen zustande. Das damalige Hauptargument war, dass der Unterricht von zwei Fremdsprachen viele Kinder überfordere. In Luzern wurde die Initiative vom Lehrerinnen- und Lehrerverband zurückgezogen, in den andern Kantonen wurde sie abgelehnt.

Seit 2010 ist das Französisch an der Primarschule in verschiedenen Kantonen wieder in die Kritik geraten: Zum Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule sind seither insgesamt 29 Vorstösse in kantonalen Parlamenten eingereicht worden. Inhaltlich lassen sich folgende Stossrichtungen ausmachen:

- Fragen nach Ergebnissen mit dem Modell 3/5 (erste Fremdsprache in der 3., zweite Fremdsprache in der 5. Klasse);
- Forderung nach einer Veränderung des Modells 3/5 – entweder durch Freiwilligkeit der zweiten Fremdsprache oder deren Verschiebung an die Orientierungsschule (ORS);
- Explizite Unterstützung des Modells 3/5.

Am 13. August 2014 hat der Thurgauer Grosse Rat eine Motion überwiesen, die den Regierungsrat beauftragt, den Französischunterricht künftig erst ab der Sekundarstufe zu führen.

Neben der Volksinitiative in Nidwalden ist zur Zeit im Kanton Graubünden ein gleich lautender Vorstoss hängig; in Luzern läuft die Sammelfrist für dasselbe Anliegen Ende September 2014 ab. Im Kanton Obwalden wurde im November 2012 ein Postulat, das im Wesentlichen die Prüfung der Aufhebung des Französischunterrichts an der Primarschule beinhaltete, vom Kantonsrat nur knapp nicht überwiesen.

Zudem hat der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) mit einer Umfrage und einem Positionspapier zur Umsetzung der Sprachenstrategie der EDK sowie mit seiner kritischen Stellungnahme zum Lehrplan 21 die Diskussion in der Lehrerschaft verstärkt. Die Position: Es werden die sofortige Überprüfung der Situation im Fremdsprachenunterricht sowie konkrete Verbesserungsmaßnahmen durch die EDK und die Kantone gefordert. Für den Fall, dass Massnahmen wie der Verzicht auf die Promotionswirksamkeit der Lernergebnisse, mehrwöchige Austauschprogramme, bessere Unterrichtsbedingungen in kleinen Klassen u.a.m. nicht bis Schuljahr 2015/16 umgesetzt werden, fordert der LCH, die zweite Fremdsprache an der Volksschule nur noch als Wahlpflichtfach zu führen.

Im Übrigen regt sich gegen den Lehrplan 21 generell erheblicher Widerstand: In den Kantonen Baselland und St. Gallen sind Volksinitiativen gegen dessen Einführung lanciert, im Aargau, in Luzern, Thurgau und Graubünden laufen Vorbereitungen zu entsprechenden Vorstössen. Die Absicht dahinter besteht unter anderem darin, via einen LP-21-Entscheid auch das Französisch an der Primarschule abzuschaffen.

3.6.2 Hauptargumente der Gegner

Hauptargumente gegen den Beginn der zweiten Fremdsprache ab der 5. Klasse sind:

- Zwei Fremdsprachen überfordern die Kinder; insbesondere Knaben und Fremdsprachige.
- Deutsch als Erstsprache ist in der 5. Klasse für den Aufbau einer zweiten Fremdsprache noch zu wenig gefestigt.
- Die zu grosse Stofffülle setzt die Lehrpersonen permanent unter Zeitdruck.
- Die Sprachlastigkeit des Unterrichts an der Primarschule geht auf Kosten anderer Fächer; speziell Deutsch und Mathematik.
- Es gibt keine Hinweise dafür, dass der Beginn einer Fremdsprache bei entsprechend erhöhter Lektionsdotations an der ORS zu schlechteren Ergebnissen führt.
- Viele Lehrpersonen setzen sich für nur eine Fremdsprache an der Primarschule ein.
- Mit nur einer Fremdsprache unterrichten an einer Klasse weniger Fachlehrkräfte.

Ein willkürlicher Blick in die Presse zeigt, dass es auch unter den Sprach- und Erziehungswissenschaftlern in der Frage zum frühen Fremdsprachenlernen etliche kritischen Stimmen gibt.

- Rudolf Wachter, Prof. für historisch-vergleichende Sprachwissenschaft in Basel und Lausanne plädiert beispielsweise aufgrund verschiedener praktischer Erwägungen für nur eine Fremdsprache in der Primarschule – ab der 4. oder 5. Klasse. (NZZ am Sonntag, 20.04.14)
- Mario Andreotti, Literaturwissenschaftler, Gymnasiallehrer und Dozent, bezeichnet das Frühenglisch als einen „verfehlten Reform-Schnellschuss“ und stellt fest, dass durch den systematischen Fremdsprachenunterricht an Gymnasien gemäss einer Befragung in der Regel bereits nach acht Wochen die Vorkenntnisse aus zwei bis vier Jahren Englischunterricht an Primarschulen eingeholt werden. (St. Galler Tagblatt, 29.04.14)
- Anton Strittmatter, langjähriger Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle des LCH stellt fest: „Aus sachlichen Gründen müsste man auf die zweite Fremdsprache verzichten, aber politisch ist das derzeit leider nicht durchsetzbar.“ (Zentralschweiz am Sonntag, 13.02.11)
- Urs Kalberer, Master of Education und Sekundarlehrer bezieht sich auf eine eigene Studie⁵ und kommt zum Schluss, dass der Fremdsprachenunterricht gegen Ende der obligatorischen Schulzeit effizienter ist als zu Beginn. „Ebenfalls zeichnet sich ab, dass eine Verteilung der Lektionen über längere Zeit weniger bewirkt als eine kompaktere“. (NZZ, 17.03.08)

⁵ Kalberer, Urs. Rate of L2 Acquisition and the influence of instruction time on achievement. A dissertation submitted to The University of Manchester for the degree of Master of Education. 2007

3.7 Erkenntnisse aus der Forschung

3.7.1 Effekte des Alters auf das Fremdsprachenlernen⁶

Um es vorweg zu nehmen: Die Effekte des Alters auf das Fremdsprachenlernen sind für die Forschung aufgrund verschiedenster Faktoren, die bei allen bisherigen Untersuchungen zusätzlich zu berücksichtigen sind, nicht leicht auszumachen. Die Verwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen für oder gegen das frühe Lernen einer Fremdsprache führt oft zu widersprüchlichen Aussagen, da den entsprechenden Studien unterschiedliche Konzepte und Methoden zugrunde liegen.

Grundsätzlich wird mit drei Vergleichsgrössen gearbeitet:

1. wie hoch sind die Kompetenzen von Lernenden
2. wie schnell lernen sie während einer bestimmten Periode
3. auf welche verschiedenen Arten lernen die Lernenden (z.B. implizit, d.h. in einem gesamtfremdsprachlichen Kontext oder explizit, d.h. mit Regeln, also im klassischen schulischen Sinn).

Zu 1.: Hier zeigt sich – wenig erstaunlich –, dass Kinder die Erwachsenen in verschiedenen beim Sprachenlernen gestellten Aufgaben übertreffen. Dies wird bspw. deutlich bei Immigranten, welche die Sprache des Einwanderungslandes lernen: Ihre jungen Kinder erreichen beim (impliziten) Erwerb dieser Zweitsprache bald höhere Kompetenzen als ihre Eltern.

Zu 2.: Ältere Lernende lernen in der ersten Phase des Fremdspracherwerbs eine Sprache schneller als Kinder, was durch Transfers aus der Erstsprache erklärt werden kann die in diesem Alter besser entwickelt sind als bei Kindern.

Zu 3.: Voraussetzung für einen erfolgreichen, kindgerechten Fremdsprachenunterricht ist dessen Anpassung an das Alter sowie dessen kommunikative Ausrichtung. Des Weiteren haben Studien gezeigt, dass Kinder die zweisprachig (immersiv) unterrichtet werden, in der gleichen Zeitspanne ein höheres Sprachkompetenzniveau erreichen.

Neurologische Erkenntnisse legen es nahe, dass der optimale Zeitpunkt für den Beginn des Fremdsprachenlernens zwischen dem vierten und fünften Altersjahr liegt. Ein späterer Fremdspracherwerb verläuft strukturell anders; der Aufwand ist grösser; in der Regel kann die Sprache nicht mehr akzentfrei erlernt werden. Auch wenn der optimale Zeitpunkt für einen Beginn auf der Primarstufe bereits vorbei ist, sprechen einige Faktoren für einen Start auf dieser Stufe anstelle eines noch späteren Beginns: einerseits die höhere Motivation der Kinder in diesem Alter und andererseits die längere Dauer, während der Fremdsprachen über die gesamte Schulzeit verteilt gelernt werden können.

3.7.2 Studie zum Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe

Da die Kantone der Zentralschweiz zu den ersten gehörten, welche das Fremdsprachenkonzept 3/5 eingeführt haben, wurde hier auch dessen erste Evaluation durchgeführt. Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) liess im Rahmen des Nationalfondsprojekts NFP 56 durch die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz eine Längsschnittstudie⁷ zur Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Zentralschweiz erstellen. Die Studie erstreckte sich über die Jahre 2006-2009 und wurde ohne Einbezug der Nidwaldner Schülerinnen und Schüler erstellt, weil in Nidwalden zum Zeitpunkt der Auftragserteilung ein Landratsentscheid betreffend Fremdsprachenunterricht hängig war. Die Ergebnisse kurz zusammengefasst:

⁶ Die Informationen stammen hauptsächlich aus dem Bericht über das Forum Sprachen vom 8. November 2013: Sprachenlernen auf der Primarstufe und am Übergang zur Sekundarstufe I. EDK, Bern 2014

⁷ Haenni Hoti, Andrea et al. Frühenglisch – Überforderung oder Chance? Eine Längsschnittstudie zur Wirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarstufe: Schlussbericht zum NFP 56-Projekt. Luzern: PHZ 2009

- Primarschulkinder werden mit zwei Fremdsprachen allgemein nicht überfordert; es gibt aber – wie in allen andern Schulfächern – überforderte Kinder. Primarschulkinder profitieren beim Erlernen der zweiten Fremdsprache von der ersten; es gibt positive Transfereffekte von vorangehenden Sprachen; nach dem Modell 3/5 lernen die Schülerinnen und Schüler Französisch effizienter, weil der Französischerwerb vom Englisch profitiert.
- Überforderung in Französisch bzw. ein subjektives Gefühl von Schülerinnen und Schülern im Französischunterricht überfordert zu sein, hängt nicht davon ab, ob Kinder bereits Englisch lernen: Der Prozentsatz von im Französisch überforderten Kindern war bei Luzerner Kindern, die nur Französisch lernten, nicht kleiner als bei Obwaldner, Schwyzer und Zuger Kindern, die Englisch und Französisch lernen.
- Aufgrund bereits vorhandener Zwei- oder Mehrsprachigkeit haben ausländische Kinder beim Englischlernen keinen Nachteil und beim Französisch sogar einen Vorteil: Migrationssprachen stellen eine wichtige Ressource beim Französischlernen dar, da Kinder mit Migrationshintergrund ein breiteres Repertoire an metasprachlichem Vorwissen zu besitzen scheinen als einsprachige Kinder.
- Kompetenz im Leseverständnis in Deutsch hat einen Einfluss auf die Sprachkompetenz in der Fremdsprache: je besser die Schülerinnen und Schüler im Deutschlesen in der 4. Klasse sind, desto besser sind sie in Französisch in der 5. Klasse.
- Ein Vergleich der Lesekompetenz in Deutsch von Kindern mit und ohne Englischunterricht hat gezeigt, dass das Erlernen von zwei Fremdsprachen nicht auf Kosten der lokalen Unterrichtssprache geht. Die Schülerinnen und Schüler in den Kantonen Schwyz und Zug, welche mit dem neuen Modell 3/5 zwei Fremdsprachen lernen (Englisch und Französisch), wiesen ein gleich gutes Leseverständnis in Deutsch auf wie die Schülerinnen und Schüler im Kanton Luzern, welche damals in der Primarschule mit Französisch nur eine Fremdsprache lernten.

Den positiven Ergebnissen des NFP-56-Projekts widersprechen bspw. die Evaluationsergebnisse der Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern vom September 2012 unter dem Titel „Englischkompetenzen am Ende der 6. Klasse: Überprüfung der Lernziele“⁸: Weniger als die Hälfte der Kinder erreichte gemäss dieser Untersuchung die Lernziele im Bereich „Hören“, nur ein gutes Drittel erreichte sie im Bereich „Lesen“, hingegen fast alle im Bereich „Sprechen“.

3.7.3 Weitere Zahlen und Fakten aus der jüngeren Forschung⁹

Aufbau von grundlegenden Kompetenzen und Einfluss des Alters:

- Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich in den Fremdsprachen kompetenter, je mehr Fremdsprachen sie können und je früher sie diese gelernt haben.
- Schülerinnen und Schüler setzen sich im Primarschulalter reflexiv mit sprachlichen Phänomenen auseinander und bauen so ihre Kompetenzen sowohl in der Mutter- als auch in der Fremdsprache aus; sie sind aufgrund der kognitiven Entwicklung zugänglicher für den Aufbau von Lernstrategien.
- Die Kontakt- und somit die Lernzeit ist beim Start des Fremdsprachenlernens in der Primarschule länger, da über mehrere Jahre verteilt.
- Der Faktor „Alter“ steht in Relation zu den didaktisch-methodischen Konzepten der Lehrpersonen und zur Stundentafel.
- Keine Überforderung der Schülerinnen und Schüler mit zwei Fremdsprachen; späteres Einsetzen der zweiten Fremdsprache (Französisch) bedeutet einen höheren Aufwand für die Schülerinnen und Schüler
- Positive Auswirkungen einer frühen Beschäftigung mit einer Zweitsprache auf den Erwerb einer dritten Sprache, u.a. aufgrund der gesammelten (Sprach-)Lernerfahrungen.

⁸ Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern (Hrsg.): Englischkompetenzen am Ende der 6. Klasse: Überprüfung der Lernziele. Luzern: DVK 2012

⁹ D-EDK: Umsetzung der EDK-Sprachenstrategie in der Deutschschweiz. Einschätzung der AG Sprachen D-EDK zum aktuellen Stand und Überlegungen zum Handlungsbedarf. Luzern: D-EDK 2014. Auf die Literaturangaben zu den verschiedenen Feststellungen, die im EDK-Papier festgehalten sind, wird verzichtet.

- Studien im Schulkontext zeigen Vorteile für einen früheren Lernbeginn, wenn mit kommunikativen Tests gearbeitet wird.
- Studien mit Schwergewicht in grammatikalischen Aufgaben lassen keine Vorteile des frühen Lernbeginns erkennen.

Berufliche Faktoren:

- In einfacheren Berufen werden generell weniger Sprachen verwendet. Die Landessprachen spielen gegenüber Englisch eine bedeutend grössere Rolle. Englisch spricht im Beruf, wer länger zur Schule gegangen ist. Dies kann durchaus so gedeutet werden, dass die Landessprachen in der Volksschule besonderes gefördert werden müssen und Englisch auch erst in den weiterführenden Schulen eingeführt werden könnte – jedoch sicher nicht umgekehrt.
- Als Fremdsprache wird Französisch in vielfältigeren Lebenssituationen gebraucht und knapp häufiger im Berufsalltag verwendet als das Englische.
- Rund die Hälfte der Jugendlichen, die den Berufsbildungsweg wählen, entscheidet sich für einen Beruf mit einem Fremdsprachenobligatorium gemäss den eidgenössischen Bildungsverordnungen und Bildungsplänen.

Wirtschaftliche Faktoren:

- Englisch- und Französischkenntnisse von Schweizer Arbeitnehmer/innen führen (bei gleich bleibenden anderen Faktoren) im Schnitt zu einem 10-30% höheren Gehalt.
- Makroökonomisch betrachtet wird der Wert der individuellen Mehrsprachigkeit der Schweizer Bevölkerung auf 50 Milliarden Franken oder 10% des BIP geschätzt.

3.7.4 Fremdsprachen in Schweizer Betrieben

Eine Studie der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz¹⁰ hat 2005 die Haltung von über 2000 Firmen und über 1000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verwendung der Fremdsprachen in den Betrieben untersucht. Sie kam zum Schluss, dass in der Deutschschweiz Französisch noch vor Englisch die Fremdsprache mit der grössten mündlichen Verwendungshäufigkeit ist. Dabei sind die Ansprüche der Unternehmen hinsichtlich der Fremdsprachenkenntnisse insgesamt recht hoch. Mit der Tatsache, dass die Firmen kaum bereit sind, ihre Arbeitnehmenden finanziell oder zeitlich bei der Fremdsprachenweiterbildung zu unterstützen geht einher, dass entweder entsprechende Kenntnisse vorausgesetzt werden oder sich Mitarbeitende in Eigeninitiative engagieren. Die Studie kommt zum Schluss, „dass die Mehrsprachigkeit der Schweiz aus kultureller, wirtschaftlicher, aber auch politischer Sicht von allen Beteiligten für enorm wichtig gehalten wird und das gegenseitige Verstehen einen bedeutenden Beitrag zum Zusammenhalt des Landes leistet.“ In diesem Sinne wünschten die befragten Unternehmen und Arbeitnehmenden, „den Fremdsprachenunterricht in der Schule generell auszubauen.“ (Anders 2005, S. vi). Betreffend die Frage, ob eine zweite Landessprache oder Englisch als erste Fremdsprache zuerst gelernt werden soll, gehen die Meinungen auseinander. (Vgl. auch Kap. 3.8.5.2.)

3.7.5 Evaluation auf Ebene der BKZ

Die BKZ hat am 3. Juli 2014 beschlossen, im kommenden Schuljahr in den 6. und 8. Klassen eine Evaluation der Französisch- und Englischkenntnisse durchzuführen. Anlass dazu waren verschiedene politische Vorstösse sowie die vermehrten Diskussionen der vorausgehenden Monate. Im Rahmen der Analyse sollen einerseits die Fremdsprachenkenntnisse in der 6. und 8. Klasse getestet, andererseits aber auch die Motivation der Lernenden und der Lehrpersonen erhoben werden. Die Ergebnisse werden im Herbst 2015 vorliegen.

¹⁰ Andres, Markus et. al. Fremdsprachen in Schweizer Betrieben. Solothurn: Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz 2005

3.7.6 Evaluation auf Ebene der EDK

Im Juni 2011 hat die EDK erstmals nationale Bildungsziele (Grundkompetenzen) für die obligatorische Schule freigegeben. An ihrer Plenarversammlung vom 20. Juni 2013 hat sie die Eckwerte für die Überprüfung der Erreichung der nationalen Bildungsziele in den Jahren 2014-2017 beschlossen.

In diesem Zeitraum werden zwei stichprobenbasierte Erhebungen stattfinden. Diese betreffen jeweils nur einen Jahrgang und einen oder zwei Fachbereiche. Die erste Erhebung wird im Frühjahr 2016 im Fachbereich Mathematik stattfinden. Im Frühjahr 2017 werden Tests zur Schulsprache und zur ersten Fremdsprache mit einer Schüler-Stichprobe am Ende der Primarstufe folgen.

Die Kantone werden sich mit einer repräsentativen Stichprobe beteiligen, was Aussagen zur Erreichung der Bildungsziele auf kantonaler Ebene erlauben wird. Die Ergebnisse von 2016 und 2017 werden in den Bildungsbericht 2018 einfließen.

3.8 Französischunterricht in Nidwalden

3.8.1 Entwicklung

Die Geschichte des Fachs Französisch an der Primarschule Nidwalden widerspiegelt in den vergangenen Jahren eine grosse Dynamik. Diskussionen, Entwicklungen und Veränderungen waren sowohl politisch wie pädagogisch geprägt, wobei die Politik die Pädagogik in der Regel in ihrem Sinne auslegte. Mit anderen Worten: Es lassen sich pädagogische Argumente sowohl für als auch gegen das frühe Fremdsprachenlernen bzw. zwei Fremdsprachen in der Primarschule finden.

Einführung

In Nidwalden wurde Französisch ab der 5. Klasse auf das Schuljahr 1996/97 eingeführt, ab Schuljahr 2005/06 findet der Englischunterricht ab der 3. Klasse statt.

Vernehmlassung 2004

Eine Vernehmlassung zur Studentafel der Primarschule, welche im Frühling 2004 im Hinblick auf die Einführung des Englischunterrichts ab der 3. Klasse bei Schulgemeinden, politischen Parteien, Arbeitnehmerorganisationen und Behörden durchgeführt wurde, ergab ein eindeutiges Bild: 80 % der Befragten waren der Meinung, dass eine Fremdsprache auf der Primarstufe genüge und sprach damit eine deutliche Sprache gegen die obligatorische Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe im Sinne von EDK und Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz BKZ.

Französisch fakultativ

Der Regierungsrat schlug in der Folge vor, dem Vernehmlassungsergebnis Rechnung zu tragen, indem Französisch als Wahlfach in der 5. und 6. Klasse und obligatorisch ab der 7. Klasse unterrichtet werden solle. Diese bewusste Abweichung gegenüber der EDK und der BKZ begründete der Regierungsrat mit den Unterschieden der kantonalen Interessen, die so berücksichtigt werden könnten.

Französischverbot an der Primarschule

Diese Regelung des Regierungsrats stiess verschiedentlich auf Widerstand und im Rahmen einer Parlamentarischen Initiative wurde ein Artikel zuhanden des Volksschulgesetzes (VSG, NG 312.1) formuliert, welcher vorsah, dass „in der Primarschule (...) Englisch als einzige Fremdsprache unterrichtet“ wird. Gegen den Antrag des Regierungsrats, auf den Artikel zu verzichten, beschloss der Landrat im Herbst 2006 die Einführung einer zweiten Fremdsprache in der Primarschule auszuschliessen.

Auswirkungen von Bildungsrahmenartikel und HarmoS-Konkordat

Das klare Verdikt des Schweizer Volkes in der Abstimmung über den Bildungsrahmenartikel sowie das positive Vernehmlassungsergebnis zum HarmoS-Konkordat in Nidwalden bewogen den Regierungsrat im Dezember 2006, dem Landrat zu beantragen, das Verbot einer zweiten Fremdsprache in der Primar-schule aufzuheben. Im Frühling 2007 kam der Landrat diesem Anliegen nach, und der Regierungsrat verabschiedete in der Folge eine neue Stundentafel, die ab Schuljahr 2007/08 bzw. 2008/09 obligatorisch zwei Fremdsprachen an der Primarschule vorsah: Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Klasse.

Chronologie der Entwicklung in Nidwalden

Wann	Was	Wer
1990	Erziehungskommission EK beschliesst Einführung des Französischunterrichts ab Schuljahr 96/97 ab der 5. Klasse in Nidwalden.	EK
25.03.04	EDK Plenarversammlung empfiehlt Zeitpunkt zur Einführung der Fremdsprachen in der obligatorischen Schulzeit: erste Fremdsprache ab dem 3. Schuljahr / 2. Fremdsprache ab dem 5. Schuljahr.	EDK
12.12.03	BKZ verabschiedet auf Basis der EDK-Sprachenstrategie einen Stundentafel-Entwurf zuhanden der Vernehmlassung in den Kantonen.	BKZ
01. bis 03.04	Vernehmlassung neue Stundentafel Primarschule mit Englisch ab dem 3. und Französisch ab dem 5. Schuljahr. Rund 80 % der Befragten sprechen sich für nur eine Fremdsprache in der Primarschule aus.	BiD
05.07.04	RR nimmt Kenntnis von den Vernehmlassungs-Ergebnissen zur Stundentafel und beschliesst das weitere Vorgehen mit Englisch ab dem 3. Schuljahr und einem Wahlpflichtfach Französisch bzw. Mathematik/Deutsch ab dem 5. Schuljahr.	RR
09.11.04	RR stimmt der Stundentafelrevision zu, die u.a. Englisch ab dem 3. Schuljahr und das Wahlpflichtfach Französisch bzw. Mathematik/Deutsch ab dem 5. Schuljahr vorsieht.	RR
07.06.05	RR nimmt ablehnend Stellung zu einer Parlamentarischen Initiative, die von LR Ledergerber, Hergiswil, eingereicht wurde. Gemäss Initiative hätte im Volksschulgesetz (VSG) festgehalten werden sollen, in der Primarschule werde Englisch als einzige Fremdsprache unterrichtet.	RR
01.08.05	Ab Schuljahr 2005/06 besuchen die ersten Primarschülerinnen und -schüler in Nidwalden den Englischunterricht ab dem 3. Schuljahr.	Schülerinnen und Schüler
23.11.05	LR beschliesst, dass gemäss VSG in der Primarschule Englisch als einzige Fremdsprache unterrichtet wird.	LR
21.05.06	Schweizervolk stimmt dem Bildungsrahmenartikel mit 86 % Ja zu.	Souverän
12.09.06	RR nimmt Kenntnis von der Vernehmlassung, die im Anschluss an die Fremdsprachenrevision des VSG zu einem Stundentafel-Entwurf für die Primarschule durchgeführt wurde.	RR
05.12.06	RR beantragt dem LR eine Neu beurteilung der VSG-Revision vom 23.11.05 aufgrund der Vernehmlassungs-Ergebnisse zum HarmoS-Konkordat und dem klaren Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung zum Bildungsrahmenartikel vom 21.05.06.	RR
21.03.07	LR hebt die Revision des VSG vom 23.11.05 auf und macht damit den Weg für zwei Fremdsprachen in der Primarschule frei.	LR
27.03.07	RR revidiert die Stundentafel in der Volksschulverordnung, womit in der Primarschule Englisch ab dem 3. und Französisch ab dem 5. Schuljahr unterrichtet wird.	RR
16.10.07	RR beantragt dem LR einen Rahmenkredit über 450'000 Franken für die Weiterbildung der Lehrpersonen zur Erteilung des Französischunterrichts an den Primarschulen.	RR

Wann	Was	Wer
12.12.07	LR bewilligt den beantragten Rahmenkredit zur Nachqualifikation der Lehrpersonen für den Französischunterricht.	LR
08.01.08	RR stimmt dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat, welches u.a. die Fremdsprachenstrategie der EDK beinhaltet, zuhänden des LR zu.	RR
28.05.08	LR beschliesst den Beitritt zum HarmoS-Konkordat	LR
01.08.08	Ab Schuljahr 2008/09 besuchen alle Primarschülerinnen und -schüler in Nidwalden ab dem 3. Schuljahr den Englisch- und ab dem 5. den Französischunterricht.	Schülerinnen und Schüler
08.02.09	Nidwaldner Stimmvolk lehnt Beitritt zum HarmoS-Konkordat mit 67 % ab.	Souverän
16.10.12	RR beantwortet die Interpellation von LR Willy Frank, Stansstad, betreffend Stärkung der MINT-Fächer und macht u.a. Aussagen zur Überprüfung der Studentafel im Fremdsprachenbereich.	RR
23.10.12	RR beantwortet das Einfache Auskunftsbegehren von LR Ruedi Waser, Hergiswil, betreffend das Fach Frühfranzösisch an den Primarschulen des Kantons Nidwalden.	RR
22.11.12	Bildungsdirektor präsentiert der Schulpräsidentenkonferenz seine Vorstellungen zur Aufstockung der Lektionenzahl an der Volksschule sowie einer Studentafelrevision mit einer möglichen Verlagerung des Französischunterrichts an die ORS. Die Diskussion ergibt gegenüber den Vorhaben ein grundsätzlich positives Bild.	SPK
28.11.12	Bildungsdirektor bringt das Traktandum zu Lektionenzahl und Studentafel auch in die Kommission; grundsätzliche Kritik wird dem Vorhaben nicht entgegengebracht.	Biko
12.01.13	Bildungsdirektor bringt das Traktandum zu Lektionenzahl und Studentafel in die gemeinsame Sitzung von Schulpräsidenten- und Schulleiterkonferenz; grundsätzliche Kritik wird dem Vorhaben kaum entgegengebracht.	SPK / SLK
25.03.13	Französischunterricht in der Primarschule. Umfrage bei den Lehrpersonen und Schulleitungen. Der Bildungsdirektor teilt den Befragten die Ergebnisse mit: Hinsichtlich einer Verlagerung des Französischunterrichts an die ORS sind die Meinungen gespalten.	Bildungsdirektion / Lehrpersonen
März / April 14	Fremdsprachenunterricht an der Volksschule. Umfrage bei Eltern, Lehrbetrieben und Lehrpersonen der Sekundarstufe II.	Bildungsdirektion / Ansprechpartner
25.09.13	LR heisst das Postulat von LR Christian Landolt, Beckenried, betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch an der Primarschule einstimmig gut und folgt damit der Stellungnahme des RR.	LR
17.02.14	Volksinitiative zum Fremdsprachenunterricht wird hinterlegt; der RR stellt am 06.05.14 deren Zustandekommen fest.	Initiativkomitee / RR
08.07.14	RR fällt Grundsatzentscheid im Hinblick auf den Bericht zur Volksinitiative an den Landrat	RR
19.08.14	RR verabschiedet je einen Bericht zur Volksinitiative Fremdsprachen und zum Postulat Frühfranzösisch zuhänden des Landrats	RR

3.8.2 Leistungsmessungen

Das Amt für Volksschulen und Sport führt in den Abschlussklassen der Volksschule seit 2007 jährlich Leistungsmessungen durch. Bis 2009 wurden die Prüfungen durch Arbeitsgruppen im Auftrag des AVS erarbeitet, ab 2010 wurden die Leistungsmessungen mit Hilfe des „Stellwerks“ durchgeführt.

Da die Stellwerttests jeweils am Ende der obligatorischen Schulzeit durchgeführt werden, können sie keinen direkten Aufschluss über das Primarschulfranzösisch geben. Die unten zusammengestellten Ergebnisse lassen denn darüber auch nur gewisse Spekulationen zu.

Stellwerk ist ein webbasiertes, standardisiertes und adaptives Testsystem, welches sich auf eine Auswahl gemeinsamer Lernziele aus den Lehrplänen der Deutschschweizer Kantone abstützt. Somit sind auch kantonsübergreifende Leistungsvergleiche möglich. Mit Hilfe eines Referenzrahmens können Lernende und Lehrpersonen eine Analyse der individuellen Leistungsprofile vornehmen. Die Referenzpopulation für die Eichung des Aufgabenpools bildeten die Schülerinnen und Schüler des Kantons St. Gallen im 9. Schuljahr. Die Ergebnisse werden auf einer standardisierten Skala ausgewiesen, deren Mittelwert bei 500 Punkten liegt.

Mit Stellwerk können – wie mit jedem Hilfsinstrument – nur bestimmte Leistungsbereich gemessen werden. Aufgrund der computerbasierten Arbeit werden vorwiegend reproduktive Fähigkeiten getestet; die Messung produktiver Fähigkeiten ist beschränkt. Vor allem in den Fremdsprachen sind die Anteile von Hör- und Leseverständnis bei Stellwerk sehr hoch, während freies Schreiben und kommunikative Formen wie Sprechen, Erzählen und Antworten nicht geprüft werden. Die kreativen Elemente fehlen. In diesem Sinne liefern die Ergebnisse der Stellwerttests kein umfassendes Bild der Sprachkompetenz der Nidwaldner Schülerinnen und Schüler und dürfen entsprechend nicht überbewertet werden.

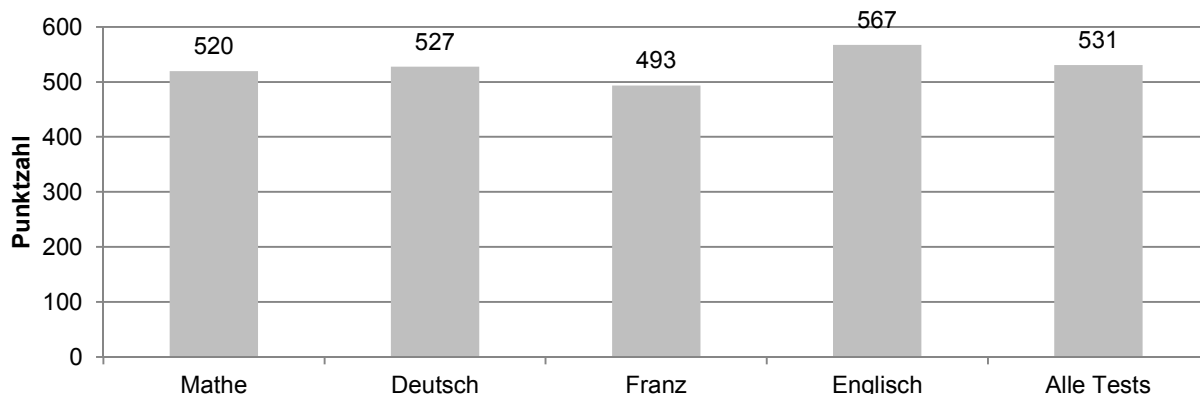
Ergebnisse der Stellwerttests im Fach Französisch der Schülerinnen und Schüler im 9. Schuljahr

	2014			2013			2012			2011			2010		
	alle	A	B	alle	A	B	alle	A	B	alle	A	B	alle	A	B
Übersicht	503	538	428	511	544	419	493	524	425	477	532	392	484	513	411
Hören	521	545	467	524	554	443	504	533	442	489	538	415	497	522	432
Lesen	524	561	444	523	557	430	505	535	440	497	554	411	496	521	431
Sprachliche Mittel	469	505	390	488	520	401	473	503	406	451	505	370	465	494	389
Anz. SuS*	255	177	78	261	191	70	254	174	80	254	153	101	276	199	77

* Im Rahmen des Wahlpflichtfachangebots können die Schülerinnen und Schüler Französisch im 8. und 9. Schuljahr abwählen, was zwischen 25 und 30 % tun.

Es kann festgehalten werden, dass der Durchschnittswert in Französisch nach dessen Tiefpunkt 2010 (477 Punkte) tendenziell am steigen ist und 2014 mit 503 Punkten knapp über dem Referenz-Mittelwert von 500 Punkten liegt.

Durchschnittswerte der Stellwerk-Ergebnisse aus den Jahren 2010 bis 2014



Trotzdem gut ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler Französisch im 9. Schuljahr nicht mehr besucht und damit wahrscheinlich die am wenigsten motivierten nicht mehr unter den Getesteten sind, liegt die im Stellwerk erreichte Punktezahl 7 % unter dem Mittel aller gemessenen Fächer. Folgende Mutmassungen können über die Gründe dieses schwächeren Abschneidens angestellt werden:

- Ausserhalb der Schule gibt es kaum Kontakte mit französisch sprechenden Personen bzw. zum französischen Sprachraum oder mit französischen Medien
- Hoher Anspruch der Sprache
- Motivation – für Schülerinnen und Schüler des A-Niveaus ist es nicht möglich, das Fach abzuwählen
- Anlage des Stellwerktests
- Ausrichtung der Lehrmittel
- Nachqualifikation der Lehrpersonen, die nach 2010 noch nicht überall abgeschlossen war
- (...)

3.8.3 Nachqualifikation der Lehrpersonen

Nach dem Beschluss der Erziehungskommission von 1990, im Kanton Nidwalden den Französischunterricht ab der 5. Klasse einzuführen, wurden alle künftigen Französisch-Primarlehrpersonen verpflichtet, eine obligatorische Weiterbildung zu absolvieren, wobei das Angebot entsprechend schlank gehalten und etwa das Niveau B2 angestrebt wurde. Der Landrat bewilligte einen Kredit von 240'000 Franken, wovon allerdings nur 193'000 gebraucht wurden. Die Gemeinden haben zusätzlich 178'000 Franken aufgewendet, womit damals rund Fr. 371'000 in die Französisch-Weiterbildung investiert wurden.

Aufgrund von Rückmeldungen und Erfahrungen, die auf gewisse Defizite hinwiesen sowie im Hinblick auf die Sprachenstrategie der EDK entschied sich die Bildungsdirektion 2007, künftig nur noch Lehrpersonen, welche über eine Ausbildung auf Niveau C1 verfügen, Französisch unterrichten zu lassen. Dafür wurde eine Nachqualifikation angeboten, die 22 Lehrpersonen erfolgreich absolvierten und die von der Bildungsdirektion am 22. Juni 2014 für den Französischunterricht an der Primarschule zertifiziert wurden. Der Kredit von 450'000 Franken, welcher vom Landrat dafür gesprochen worden war, wurde aufgrund der geringen Nachfrage sowie verschiedener vorzeitiger Abbrüche um rund 150'000 Franken unterschritten, so dass ein Gesamtaufwand von 320'000 Franken für die Weiterbildung resultiert.

3.8.4 Sprachaustausch Französisch

Seit 2002 unterhält die Bildungsdirektion eine kleine Koordinationsstelle für Austausch. Mit dem Kanton Genf wurde eine offizielle Austauschpartnerschaft ins Leben gerufen. Zahlreiche Schüleraustausch-Projekte konnten dank diversen Begegnungen zwischen Lehrpersonen der beiden Kantone durchgeführt werden. Seit dem Schuljahr 2012/13 ist das Angebot für den Schüleraustausch um den französischsprachigen Teil des Kantons Wallis erweitert worden. Schülerinnen und Schüler der 3. ORS erhalten die Möglichkeit, individuell während einer bis zwei Wochen die Schule in einer Gemeinde im Wallis zu besuchen und dort bei einer Gastfamilie zu wohnen. Der Austausch ist freiwillig und erfolgt mit maximal zwei Schülern pro Schule. Walliser Schülerinnen und Schüler werden entsprechend in den Nidwaldner Gastfamilien aufgenommen.

3.8.5 Umfragen in Nidwalden

Im Hinblick auf die vorliegende Berichterstattung zum Postulat Landolt wurde in Nidwalden im Frühling 2014 eine Befragung von Sprachlehrpersonen der Sekundarstufe II, von Lehrbetrieben und Eltern durchgeführt. Bei den Lehrpersonen der Volksschule wurde im Frühjahr 2013 eine Erhebung zum gleichen Thema gemacht. Es ist festzuhalten, dass insbesondere die Stichprobengrösse bei der Befragung der Lehrpersonen an der Sekundarstufe II sehr klein ist und aus statistischer Sicht keine hinreichende Datenbasis darstellt. Die Ergebnisse präsentieren sich wie folgt.

3.8.5.1 Lehrpersonen und Schulleitungen der Volksschule

Zu ihrer Einschätzung des Französischunterrichts in der Primarschule wurden die Lehrpersonen der 3. bis 6. Primarklassen, der ORS und der Schulleitungen befragt. Die Teilnahme von 129 Befragten bzw. 55 % ergab ein sehr heterogenes Bild. Die Ergebnisse der 4 zentralen Fragen (insgesamt wurden 22 Fragen gestellt) zeigen Folgendes:

- Rund 80 % der Befragten waren der Meinung, dass die meisten Schülerinnen und Schüler die Lernziele im Französischunterricht erreichen.
- Rund 55 % hatten den Eindruck, dass die Schülerinnen und Schüler mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule gut zu recht kommen.
- Rund 60 % würden es vorziehen, wenn der Französischunterricht erst auf der ORS beginnen würde, jedoch mit einer höheren Stundendotation.
- Rund 55 % erachteten es als wirksamer, die je zwei Wochenlektionen Französisch in der 5. und 6. Klasse für andere Fächer einzusetzen, beispielsweise für Deutsch oder Mathematik.

Im Rahmen der Externen Evaluation der Volksschule Nidwalden hat sich zudem ergeben, dass die Lehrpersonen allgemein die zur Verfügung stehenden Deutschlektionen als zu knapp einschätzen.

3.8.5.2 Lehrbetriebe

Auf die Umfrage bei den Lehrbetrieben sind unter hoher Beteiligung 144 Antworten eingegangen. Die Firmenverantwortlichen wünschen sich eine verbesserte Leistung in der schriftlichen Kommunikation in Deutsch. Die mündliche Sprachfertigkeit der Lernenden im Fach Französisch ist bei über der Hälfte der Lernenden verbesserungsbedürftig. Das Erlernen der französischen Sprache wird von den Firmen im Kanton Nidwalden als weniger wichtig erachtet als das Erlernen der englischen Sprache. Drei Viertel der Lernenden verfügen gemäss der Befragten über genügende allgemeine sprachliche Kompetenzen; bei einem Viertel jedoch werden Mängel festgestellt. (Vgl. auch Kap. 3.7.4.)

3.8.5.3 Sprachlehrpersonen Berufsfachschule

Auf die Umfrage bei den Sprachlehrpersonen der Berufsfachschule sind 8 Antworten eingegangen, womit sich 70 % aller Befragten geäussert haben. Gemäss deren Einschätzung erfüllen rund drei Viertel der Schülerinnen und Schüler in der Regel die sprachlichen Voraussetzungen für die von ihnen besuchte Ausbildung. Zwei Drittel der neueintretenden Lernenden verfügen nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache als optimale Basis für den Fremdsprachunterricht.

3.8.5.4 Sprachlehrpersonen Gymnasium

Von den Sprachlehrpersonen am Gymnasium sind 16 Rückmeldungen eingegangen, was 90 % entspricht. Gemäss ihrer Einschätzung erfüllen mehr als 90 % der Lernenden die sprachlichen Voraussetzungen für das Gymnasium. Die Heterogenität der Sprachkompetenz beim Eintritt ins Gymnasium ist hoch. Hinsichtlich der Schreibkompetenz wird ein Optimierungsbedarf ausgemacht.

3.8.5.5 Erziehungsberechtigte

Von den 1400 angeschriebenen Erziehungsberechtigten sind 643 (46 %) Rückmeldungen eingegangen. Ihrer Einschätzung nach ist die Motivation ihrer Kinder für Englisch deutlich grösser als für Französisch. Gut die Hälfte findet Französisch in der Primarschule nicht wichtig, für eine grosse Mehrheit hingegen ist das Primarschulenglisch sehr wichtig. Fast drei Viertel der Erziehungsberechtigten können ihre Kinder im Fach Französisch unterstützen,

während über vier Fünftel im Englisch dazu im Stande sind. 54 % der Lernenden kommen gemäss ihren Eltern in der Primarschule mit zwei Fremdsprachen gut zurecht, bei 46 % ist dies nicht der Fall. Von rund einem Drittel der Kinder berichten die Eltern, dass sie häufig Schwierigkeiten mit dem Fach Französisch haben. In Englisch wird dies nur von jedem zehnten Kind vermerkt. Die Befreiung vom Fremdsprachenunterricht gleich von Beginn weg lehnen fast 90 % der Befragten ab, der Möglichkeit zur Dispensation für lernschwache Kinder zu einem späteren Zeitpunkt wird hingegen grossmehrheitlich zugestimmt. Einen mindestens zweiwöchigen Sprachaufenthalt für Schülerinnen und Schüler an der ORS befürworten fast drei Viertel der Befragten.

3.9 Bereits getroffene Massnahmen

3.9.1 Aufstockung Stundentafel

Ein am 27. Mai 2014 verabschiedeter Regierungsratsbeschluss (Nr. 422) sieht vor, dass bereits ab Schuljahr 2015/16 die Deutschlektionen an der Primarschule im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 aufgestockt werden. Zuerst an den 5./6. Klassen und ein Jahr später an den übrigen Klassen der Primarschule. Damit werden Deutschlektionen wieder kompensiert, die bei der Einführung der zweiten Fremdsprache entfallen sind. Im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 muss in Nidwalden eine grundsätzliche Überarbeitung der Stundentafel – d.h. der Verteilung der Fächer auf die zur Verfügung stehenden Lektionen einer Schulwoche – vorgenommen werden. Diese Arbeiten werden aufgenommen, sobald der neue Lehrplan von der EDK zuhanden der Kantone verabschiedet worden ist. Der Deutschunterricht wird in diesem Rahmen eine gewichtige Rolle spielen.

3.9.2 Stärkung MINT-Fächer

Gemäss der Absichtserklärung des Regierungsrats im Rahmen seiner Antwort auf die Interpellation von LR Willy Frank und Monika Lüthi-Wyss betreffend die Stärkung der MINT-Kompetenzen (vgl. Kap. 2.3.2) werden auch im Fach Mathematik die Lektionen ab dem Schuljahr 2015/16 erhöht. Und zur Förderung der naturwissenschaftlichen Ausbildung wurde für die Klassen der ORS 2011 ein Angebot zur Thematisierung der Stromproduktion in der Schweiz geschaffen, das gut genutzt wird. Nebst einer Unterrichtseinheit umfasst das Programm auch verschiedene Exkursionen.

3.9.3 Ausbau des Fremdsprachenaustauschs

Kapitel 3.8.4 stellt die seit 2012 verstärkten Bemühungen der Bildungsdirektion zur Förderung des Fremdsprachenaustauschs dar.

4 Haltung des Regierungsrats

Der Regierungsrat spricht sich anlässlich seiner Stellungnahme zur Volksinitiative Fremdsprachen für die Verlagerung des Französischunterrichts von der Primar- an die Sekundarstufe aus. Dabei argumentiert er wie folgt:

- Die deutsche Sprache hat Priorität. Damit sie gezielt gefördert werden kann, soll die zweite Fremdsprache erst an der ORS beginnen.
- In der 5. Klasse ist Deutsch als Erstsprache für den Aufbau einer zweiten Fremdsprache noch zu wenig gefestigt.
- Die Feststellung von Lehrpersonen der Berufsfachschule, des Gymnasiums und der Firmenvertreter hinsichtlich von Defiziten der Schülerinnen und Schüler in Deutsch sind ernst zu nehmen.
- Zwei Fremdsprachen überfordern viele Kinder.

- Es gibt keine Hinweise dafür, dass ein Beginn des Französischunterrichts an der ORS bei hinreichender Lektionendotation zu schlechteren Resultaten führt.
- Die Sprachlastigkeit des Unterrichts an der Primarschule geht einerseits auf Kosten anderer Fächer andererseits benachteiligt sie die Knaben.
- Die grosse Stofffülle setzt die Lehrpersonen permanent unter Zeitdruck.
- Verschiedene Lehrerverbände setzen sich für nur eine Fremdsprache an der Primarschule ein.
- Erziehungsberechtigte und Firmenvertreter des Kantons Nidwalden gewichten das Erlernen der englischen Sprache in der Primarschule höher als das der französischen Sprache.
- Sowohl die Umfrage 2013 bei den Lehrpersonen als auch diejenigen von 2014 ergaben eine breite Zustimmung zur Führung eines obligatorischen Fremdsprachaufenthaltes, welcher in einem neuen Fremdsprachenkonzept des Kantons Nidwalden berücksichtigt werden soll.
- Die Umsetzung führt zu Mehrkosten, weil Mehrlektionen auf der Sekundarstufe I gegenüber heute eingeplant werden müssen.

5 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und das diesbezügliche Postulat als erledigt abzuschreiben.

REGIERUNGSRAT

Landammann

Res Schmid

Landschreiber

Hugo Murer



Stans, 19. August 2014
Nr. 581

Bildungsdirektion. Parlamentarische Vorstösse. Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie Mitunterzeichnende, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch. Berichterstattung. Antrag an den Landrat

1 Sachverhalt

1.1

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 haben Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren ein Postulat betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule eingereicht. Darin wurde der Regierungsrat gebeten, „in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen“. Ihren Vorstoss begründeten die Postulanten u.a. mit der Überforderung der Schülerinnen und Schüler, der unzureichenden Ausbildung der Lehrpersonen, der Haltung des Lehrerinnen- und Lehrerverbands sowie der Sprachlastigkeit des Unterrichts an der Primarschule.

1.2

In seiner Stellungnahme vom 4. Juni 2013 hielt der Regierungsrat fest, dass

- aufgrund von Vorstössen in verschiedenen Kantonen die Fremdsprachenfrage auf der Primarstufe in Diskussion sei;
- auch in Nidwalden bereits verschiedene parlamentarische Anfragen zum Thema bearbeitet worden seien;
- eine Umfrage bei den betroffenen Lehrpersonen ergeben habe, dass eine knappe Mehrheit eine Verlagerung des Französischunterrichts an die Orientierungsschule begrüssen würde;
- es verschiedene gute Gründe für eine schweizerische Koordination in der Thematik gibt;
- er es als sinnvoll erachte, einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen.

1.3

Mit Beschluss vom 25. September 2013 hiess der Landrat das Postulat einstimmig gut.

1.4

Der Regierungsrat stellte in Aussicht, den Bericht im kommenden Jahr (2014) dem Landrat vorzulegen. Darin werde er das vorliegende Anliegen prüfen und neben wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz bzw. der D-EDK aufzeigen.

1.5

Gemäss Art. 112 des Reglements über die Geschäftsordnung des Landrates (Landratsreglement, LRR; NG 151.11) erfüllt der Regierungsrat ein gutgeheissenes Postulat, indem er

insbesondere im Rahmen einer separaten Vorlage Bericht erstattet. Separate Berichte kann das Landratsbüro einer Kommission zur Prüfung zuweisen oder sie selbst prüfen. Der Regierungsrat oder eine landrätliche Kommission können gemäss § 114 Abs. 1 Landratsreglement im Rahmen einer Vorlage die Abschreibung von erfüllten Vorstössen beantragen.

1.6

Am 17. Februar 2014 wurde in Nidwalden eine Volksinitiative zur Teilrevision des Volksschulgesetzes (NG 312.1) betreffend den Sprachunterricht auf der Primarstufe hinterlegt. Sie verlangt, dass an der Primarschule anstelle der heutigen zwei Fremdsprachen künftig nur noch eine unterrichtet wird.

2 Erwägungen

Die Berichterstattung zum vorliegenden Postulat läuft parallel zu derjenigen der Initiative betreffend den Sprachunterricht auf der Primarstufe. Aufgrund der mehr oder weniger identischen Thematik wird der vorliegende Bericht zeitgleich mit dem Bericht zur Volksinitiative unterbreitet.

Beschluss

1. Dem Landratsbüro wird beantragt, den Bericht „Französisch an der Primarschule“ dem Landrat gemeinsam mit der Vorlage zur Teilrevision des Volksschulgesetzes betreffend den Sprachunterricht auf der Primarstufe zur Behandlung vorzulegen.
2. Dem Landrat wird beantragt, das Postulat gemäss § 112 Abs. 2 sowie § 114 Abs. 1 Landratsreglement abzuschreiben.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Landrat Christian Landolt, Beckenried
- Landrat Armin Odermatt, Büren
- Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV) (Präsidium, Vizepräsidium, Sekretariat)
- Landratssekretariat
- Politische Gemeinden und Schulgemeinden
- Mitglieder der Schulpräsidentenkonferenz
- Bildungsdirektion
- Amt für Volksschulen und Sport
- Amt für Berufsbildung und Mittelschule
- Rechtsdienst
- Direktionssekretär Bildungsdirektion

REGIERUNGSRAT NIDWALDEN

Landschreiber

